

BLICKPUNKT BUNDESTAG

www.blickpunkt-bundestag.de



Mai 4/2006
2,00 Euro
ISSN 14359146
G10624

Bundestag und Nationalversammlung

Das deutsch-französische Tandem

Sonderthema
Der Haushalt
des Bundes

Menschen
Countdown zu den
Jugendmedientagen

wir sehen

die nächste Generation großer Erfinder.

Beim Microsoft Imagine Cup, dem weltweit führenden Technologie-wettbewerb für Schüler und Studierende, können junge Erfinder ihre Kreativität unter Beweis stellen und ihre Ideen und Träume verwirklichen. Wir unterstützen junge Leute in der ganzen Welt, damit aus ihren Innovationen die Technologien von morgen werden. Erfahren Sie mehr unter www.microsoft.com/germany/potenzial

Ihr Potenzial. Unser Antrieb.
Microsoft®



INHALT

Begegnungen

2 Aktive Bürger

Titel

- 4 Bundestag und Nationalversammlung
Das deutsch-französische Tandem
- 10 „Völker brauchen Träume,
Ambitionen, Visionen“
Im Gespräch: Die Parlamentspräsidenten
Jean Louis Debré und Norbert Lammert

Inkognito

13 Pionierin auf dem kurzen Dienstweg

Tagesläufe

14 Vorsorgen für Zeiten, die anders werden
Eva Bulling-Schröter, Die Linke.

Sonderthema

Der Haushalt des Bundes

- 20 Das Königsrecht des Parlaments
- 26 Die Einnahmen des Bundes
- 30 Die Ausgaben des Bundes
- 32 Skeptiker mit spitzem Bleistift
So arbeitet der Haushaltsausschuss
- 35 Interview mit dem Vorsitzenden
des Haushaltsausschusses,
Otto Fricke, FDP
- 36 Geschichte des Haushaltsrechts
- 38 Infos zum Thema



Menschen

39 „Murphys Gesetz“ ein Schnippchen schlagen
Countdown: Jugendmedientage 2006

Details

42 Häuser und Räume V:
Luftboote im Jakob-Kaiser-Haus

Debatte

- 44 Willkommen in Deutschland
Forum: Staatsbürgerschaft und Integration
- 50 Großer Wurf oder neue Kleinstaaterei?
Streitgespräch: Föderalismusreform

Essay

53 Die Garantie der Menschenwürde
von Ernst-Wolfgang Böckenförde

Panorama

- 54 Klassiker und Geheimtipps
Report: Treffpunkte der Politik
rund um das Parlamentsviertel
- 56 Buchtipp
Rolf Mützenich, SPD
- 56 Drei Fragen an Abgeordnete
Ilse Falk, CDU/CSU

Titelfoto: Flaggen vor dem Reichstagsgebäude beim Besuch
des französischen Parlamentspräsidenten im April.

EDITORIAL



Stefan Thomas.

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Sonderteil dieser Ausgabe könnte auch den Titel haben „ohne Moos nix los“, denn Geld ist das, was ein Staat dringend braucht, um seine vielfältigen Aufgaben bewältigen zu können. Natürlich klagen wir alle über die Abgaben, wenn wir auf die Lohnabrechnung schauen, an der Zapfsäule stehen oder an die „Mehrwertsteuer“ denken. Andererseits ist uns manchmal nicht so richtig bewusst, wie es aussehen würde, wenn dem Staat keine Mittel zur Verfügung stünden. Was wäre dann mit dem Müll, wer würde sich um die Sicherheit kümmern, Straßen bauen und in Stand halten und sich vor allen Dingen um die sozialen Belange bis hin zu den Renten kümmern? Das ist der Grundstoff, aus dem einige Science-Fiction Filme entstanden sind und am Ende steht dann der Satz: „das haben wir nicht gewollt“.

BLICKPUNKT BUNDESTAG steigt mit diesem Beitrag umfassend in das so genannte **Königsrecht des Parlaments** ein und erläutert, dass ohne Zustimmung des Deutschen Bundestages nicht ein Cent von der Bundesregierung ausgegeben werden kann.

In dieser Ausgabe noch ein hochaktuelles Thema: **Integration von Ausländern** in unserem Lande. Neben der Darstellung der Praxis in den einzelnen Bundesländern hat BLICKPUNKT BUNDESTAG Mitglieder aller Fraktionen des Parlaments um eine Stellungnahme gebeten.

Einen guten Start in den Frühling wünscht

Stefan Thomas



DIE SKULPTUR

heißt „Meilensteine der Medizin“ und stellt eine überdimensionale Tablette dar. Sie gehört zum „Walk of Ideas“, einem Spaziergang durch Berlins Mitte vorbei an insgesamt sechs riesigen Kunstwerken. Der „Walk of Ideas“ ist Teil der Imagekampagne „Deutschland – Land der Ideen“. Die Skulptur „Meilensteine der Medizin“ an der Spree direkt neben dem Reichstagsgebäude steht für den Erfindergeist von Wissenschaftlern aus Deutschland im Bereich der Medizin. Bei der Enthüllung am 30. März (v. l.): DSB-Präsident Manfred von Richthofen, Peter Rauen (CDU/CSU), stellvertretender Vorsitzender des Sportausschusses, BDI-Präsident Michael Rogowski, Bayer-Vorstandsvorsitzender Werner Wenning, Bundesinnenminister a. D. Otto Schily, FC-Deutschland-Geschäftsführer Mike de Vries.



Begegnungen im Parlamentsviertel

AKTIVE BÜRGER

Teamspieler

Den Einsatz von Bürgern für ihre Stadt, für Wiesbaden, organisiert eine ungewöhnlich erfolgreiche Stiftung. Seit Gründung vor drei Jahren hat sie ihr Stiftungskapital von 200.000 auf 700.000 Euro gesteigert. Sie treibt mit rund 40 ehrenamtlichen Helfern drei Projekte voran. Eines ist der „Leonardo-Schul-Award“, der für herausragende Teamleistungen an den Schulen verliehen wird. Die Trophäe aus Bronze erinnert ein wenig an den Oscar. Nun hat die Wiesbaden Stiftung selbst einen Preis erhalten, den „Förderpreis Aktive Bürgerschaft“, der inzwischen zum achten Mal vergeben wurde.

In der DZ-Bank am Pariser Platz sagt Laudator **Volker Schlöndorff**: „Zu meiner Zeit musste man aus Wiesbaden weggehen, um etwas zu werden. Heute kann man sich einen Oscar, genannt Leonardo, gleich zu Hause verdienen.“ Der Regisseur hatte seine Heimatstadt als Jugendlischer verlassen, weil er sie als langweilig empfand.

Auch Bundesministerin **Heidemarie Wieczorek-Zeul**, in Wiesbaden direkt in den Bundestag gewählt, hebt vor allem den Schul-Award hervor. Hier werde schon früh eine Grundlage für lebenslanges ehrenamtliches Engagement gelegt, „was ich mir für unsere ganze Gesellschaft wünsche“. Die Laudatoren der weiteren Preisträger, Sängerin **Katja Ebstein** (für die BürgerStiftung Region Ahrensburg) und der Publizist **Warnfried Dettling** (für die Lingener Bürgerstiftung), machen deutlich, was solche gemeinnützigen Unternehmungen besonders nötig haben. Ebstein nennt „Zeit, Ideen, Phantasie und Tatkraft“, Dettling erinnert daran, dass auch profanes Kapital notwendig ist: „Geld macht nicht glücklich, aber unabhängig.“

www.aktive-buergerschaft.de

Denkmalschützer

Auf private Spenden ist auch die 1985 gegründete Deutsche Stiftung Denkmalschutz angewiesen, der nach der deutschen Einigung 1990 eine zusätzliche riesige Aufgabe zufiel: Viele Dorfkirchen, Schlösser, Bürgerhäuser und Stadtmauern standen in den neuen Bundesländern vor dem Verfall. Auch das hoch über dem Ort liegende Schloss Stolberg im Harz, das die Stiftung gekauft hat und in dem inzwischen die Sanierung begonnen hat. Das Schloss spielt für die Niederlande eine besondere Rolle, weil in ihm vor 500 Jahren Juliana von Stolberg geboren wurde, die mit ihren 16 Kindern und 160 Enkeln zur Begründerin



Schloss Stolberg.

des Hauses von Oranien und Urahnin des niederländischen Königshauses wurde.

Die Landesvertretung Sachsen-Anhalt nahm das zum Anlass für eine Geburtstagsfeier, die erste einer Veranstaltungsreihe über die Regionen des Landes. **Ursula Schirmer** von der Deutschen Stiftung Denkmalschutz berichtet am Rande von der Sanierung des Schlosses, in dem schon wieder regelmäßig Veranstaltungen stattfinden. Bis heute hat die Stiftung bei der Restauration von mehr als 3.000 Baudenkmalen geholfen. Das sei nur mit Hilfe der vielen Spenden möglich, die von über 150.000 Förderern aufgebracht werden.

www.denkmalschutz.de

Jazz

Wie die anderen Landesvertretungen stellen die Sachsen-Anhaltiner immer wieder auch Künstler aus ihrem Bundesland vor. Dazu greift der Bundesbeauftragte **Karl-Heinz Schneider**, ein Rheinland-Pfälzer, auf die Geschichte des Gebäudes in der Berliner Luisenstraße zurück. Hier gab es nämlich zu DDR-Zeiten den Künstlerclub „Die Möwe“, in dem Carl Zuckmayer, Gustav Gründgens, Erich Kästner, Sophia Loren und Yves Montand ebenso zu Gast waren wie Bertolt Brecht und Helene Weigel, die nach ihrer Rückkehr aus dem Exil hier zeitweise wohnten. Schneider lädt regelmäßig zum „Jazz-Club in der Möwe“ ein, inzwischen bereits zum fünften Mal. Er stellt fest, dass sich jedes Mal mehr Gäste anmelden. „Das heißt wohl, dass wir das richtig machen.“

Dieses Mal sind **Ruth Hohmann**, die First Lady des DDR-Jazz, und das „Jazz Collegium“ mit ihren ins Blut gehenden Swing- und Dixielandstücken zu Gast. Gründer der Band ist

Klaus Lantermann

Hartmut Behring, seit 1960 in der DDR-Jazzszene aktiv und fast ebenso lange Soloposaunist an der Komischen Oper. Er erzählt, dass er oft in der alten „Möwe“ gespielt hat und gemeinsam mit Wolf Biermann und Manfred Krug manche politische Auseinandersetzung durchgestanden habe.

www.jazz-collegium-berlin.de



Die „Große Stehende“ – Skulptur von Werner Stötzer.

Bildhauer

Die Jazzsängerin Ruth Hohmann wird im August 75. Ebenso alt wurde gerade ein anderer renommierter DDR-Künstler, der Bildhauer **Werner Stötzer**. Aus diesem Anlass ehrt ihn die Landesvertretung Brandenburg mit einer Ausstellung „Märkische Steine“. Der im Oderbruch arbeitende Jubilar erzählt mit einem Augenzwinkern, bei einer früheren Schau seiner Werke an dieser Stelle sei eine Skulptur liegen geblieben. Da der Rücktransport sehr teuer gekommen wäre, habe die Landesvertretung ihm angeboten, den mächtigen Klotz als Leihgabe zu übernehmen. Und dann habe man einfach dem einen Stein weitere hinzugefügt. So einfach kommen Ausstellungen zustande – wenn man dem Künstler glauben will.

VERANSTALTUNGSTIPP:

Tag der offenen Tür beim Bundesrat

Wer im Plenarsaal des Bundesrates Platz nehmen möchte oder die Amtsräume des Präsidenten besichtigen will, kann dies an diesem Tag tun. Da Schleswig-Holstein in diesem Jahr mit Ministerpräsident Peter Harry Carstensen den Bundesratspräsidenten stellt, präsentiert sich das Land mit touristischen Attraktionen, zum Beispiel mit einer Wikinger-Gruppe, den Karl-May-Festspielen und verschiedenen kulturellen Highlights wie dem Schleswig-Holstein Musik Festival und dem Buddenbrookhaus in Lübeck.



Tag der offenen Tür beim Bundesrat
Leipziger Straße 3-4, 10117 Berlin
13. Mai 2006 von 11.00 bis 18.00 Uhr.



TERMINE IM PARLAMENTSVIERTEL

2. Mai bis 14. Mai

Landesvertretung Niedersachsen
In den Ministergärten 10
Heinrich Heidersberger – Einhundert
Gezeigt werden Arbeiten des
berühmten deutschen Fotografen,
der im Juni hundert Jahre alt wird.
Montag bis Sonntag 11 bis 18 Uhr

12. Mai, 16 Uhr

Deutscher Bundestag
Kunst-Raum des
Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses,
zugänglich von der Spreeufer-Promenade
„Die Mauer“
Eine filmische Dokumentation
über das langsame Verschwinden
der Mauer, 1990
Im Rahmen der Ausstellung
„STRAWALDE – Gemälde, Filme, Videos“

12. Mai, 18 Uhr

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Franz-Mehring-Platz 1
Chinesische bildende Kunst
Vernissage Lackmalerei – Fotos –
Tuschmalerei
Info: Frau Dr. Schütrumpf,
Tel.: (0 30) 4 43 10-127

14. Mai, 11 bis 12.30 Uhr

Gedenkstätte Deutscher Widerstand
Saal A im 2. OG
Stauffenbergstr. 13-14
Aktionstage: Die Rote Kapelle
Der Regisseur Stefan Roloff porträtiert in
dieser Filmdokumentation seinen Vater
Helmut Roloff, der der Widerstandsgruppe
„Rote Kapelle“ angehörte.
Freier Eintritt

18. Mai, 19.30 Uhr bis 22 Uhr

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40/41
Zur Lage der Welt 2006:
Indien, China und wir
Nachhalten 20: Gespräche zu
Globalisierung und Nachhaltigkeit
Info: Norberto Toruño,
Tel.: (0 30) 2 85 34-2 43

22. Mai, 19.30 bis 21.30 Uhr

Deutsch-Israelische Gesellschaft Berlin
und Friedrich-Naumann-Stiftung
Centrum Judaicum
Oranienburger Straße 24-26
Veranstaltung im Rahmen der Reihe:
Kulturaustausch als Brücke zwischen
Deutschland und Israel
Info: DIG-Arbeitsgemeinschaft Berlin,
Tel.: (0 30)-28 39 52 15



Bundestag und
Nationalversammlung:
Das deutsch-französische

TANDEM

Zwischen dem Deutschen Bundestag und der französischen Nationalversammlung hat sich im Laufe der Jahre ein breites Geflecht an Arbeitsbeziehungen und persönlichen Kontakten entwickelt. Präsidien und Ausschüsse tagen gemeinsam, Abgeordnete und Mitarbeiter der Verwaltungen tauschen sich regelmäßig aus, in Kolloquien und Arbeitsgruppen werden Probleme besprochen, mit denen beide Länder gleichermaßen konfrontiert sind. Die Zusammenarbeit ist so eng und vielfältig, dass viele von einem deutsch-französischen Tandem sprechen. Und seit der gemeinsamen Sitzung beider Parlamente zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages im Jahre 2003 treten die beiden Partner kräftiger „in die Pedale“ denn je zuvor. BLICKPUNKT BUNDESTAG ist ein Stück des Weges mitgefahren.



Der eine kommt aus dem Elsass, der andere aus Baden-Württemberg. Vater und zwei Onkel des Franzosen, Yves Bur, kämpften im letzten Krieg in der französischen Armee. Drei weitere Onkel waren in der Wehrmacht, einer verlor sein Leben in Russland. Der Vater des Deutschen, Andreas Schockenhoff, war während des Krieges an der französischen Atlantikküste, lernte da die Menschen auf einem Bauernhof kennen. Der Kontakt blieb bestehen, und Andreas kam als Schüler häufig nach Frankreich. Aber schon als Fünfjähriger hatte er aus nächster Nähe einen Blick auf den französischen Präsidenten Charles de Gaulle werfen können, der in Begleitung von Konrad Adenauer 1962 Deutschland bereiste. Beide Staatsmänner hatten gemeinsam den Weg der Aussöhnung der einstigen Erbfeinde eingeschlagen.

Yves Bur ist heute Vizepräsident der französischen Nationalversammlung und Vorsitzender der französisch-deutschen Freundschaftsgruppe in der Assemblée nationale. Andreas Schockenhoff, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, steht der deutsch-französischen Parlamentariergruppe vor. Beide gehören zu den Motoren der im internationalen Vergleich besonders intensiven Zusammenarbeit der beiden Parlamente.

Anders als in der traditionell von den Regierungen geführten Außenpolitik werden von Bundestag und Nationalversammlung meist Fragen behandelt, die eher den Bereich der Innenpolitik betreffen. Schockenhoff nennt als Beispiel das „Megathema“ Energiepolitik, über das sich die beiden Parlamente schon seit über zehn Jahren austauschen. Sein französischer Partner Bur sieht das ähnlich. Es gebe eine Menge innenpolitischer Fragen, bei denen man vom Nachbarn viel lernen könne. Wenn man freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden Ländern haben wolle, dann sei es „ganz normal, dass auch die Parlamente enger zusammenarbeiten“.

Gemeinsam im Wahlkreis

Einen beträchtlichen Beitrag dazu leisten die Parlamentariergruppen. Die deutsche Gruppe wurde bereits 1959 gegründet und ist damit eine der ältesten im Bundestag. Sie zählt über 70 Abgeordnete aus allen Fraktionen. Ihr Vorsitzender betont, anders als bei manchen Gruppen, die sich fernen Regionen der Welt widmen und vielfach vor allem repräsentative Aufgaben erfüllen, handele es sich hier um enge und alltagsproben Arbeitsbeziehungen.

Diese werden zum Beispiel im Kolloquium „Paris-Berlin“ gepflegt, das

seit dem Jahr 2000 abwechselnd in Deutschland und Frankreich stattfindet. Es bietet für Parlamentarier sowie für Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft ein Forum zur Diskussion drängender gesellschaftspolitischer Fragen.

Bisher wurden die Themen Energie, Bioethik und Familienrecht behandelt. Zum letzten Treffen über die Rolle der beiden Länder im erweiterten Europa wurden erstmals Parlamentarier aus den anderen Mitgliedstaaten der EU eingeladen. Auch beim nächsten Kolloquium über Immigration und Integration können Parlamentarier aus anderen EU-Staaten teilnehmen. Denn die Beziehungen der beiden Parlamente sollen nicht exklusiv sein. Bur betont, die Tatsache ihrer „ganz besonderen Beziehungen“ brauche die beiden Parlamente keineswegs verlegen machen. Sie dürften aber auch nicht zu einem „exklusiven Tête-à-Tête“ werden.

Die Parlamentariergruppen sind auch für das so genannte Hospitantenprogramm zuständig, das die Präsidien von Bundestag und Nationalversammlung auf ihrer ersten gemeinsamen Sitzung 1997 in Paris vereinbarten. Dabei bilden jeweils ein Franzose und ein Deutscher möglichst der gleichen politischen Ausrichtung eine Zweiergruppe, ein „Tandem“.

Sie nehmen gemeinsam Termine im Wahlkreis und am Sitz des Parlaments wahr. Ziel ist es, Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Arbeitsweise beider Parlamente zu erkunden, Vergleiche zu ziehen und Ansatzpunkte für eine engere Zusammenarbeit zu finden.

Yves Bur berichtet, es sei interessant gewesen zu sehen, wie der Kollege im Wahlkreis agierte, wie er mit lokalen Problemen umging und wie er sich in den Versammlungen mit Vereinen gab. Im Bundestag staunte der Franzose, dass die Disziplin in den Sitzungen viel besser ist als in Frankreich. „In der Fraktionssitzung der CDU/CSU saßen die eineinhalb, zwei Stunden da, und praktisch niemand ging raus.“ In Paris habe er noch nie die ganze Fraktion auf einmal erlebt. Auch im Plenum herrschten andere Sitten. So seien die französischen Abgeordneten viel unruhiger und unterbrächen den Redner viel häufiger.

Die Unruhe ihrer französischen Kollegen lässt die Berliner SPD-Abgeordnete Petra Merkel unerwähnt. Ihr fiel bei ihrem Programm in Paris vor allem auf, dass es – von der Verfassung vorgeschrieben – nur sechs Ausschüsse mit jeweils über 80 Mitgliedern gibt und die Assemblée in der Regel nur von Dienstag bis Mittwoch tagt. „Der Schwerpunkt der politischen Arbeit

liegt eindeutig auf der Wahlkreisarbeit, weil nur mit einem Direktmandat der Einzug in die Nationalversammlung möglich ist.“

Die Abgeordneten gewinnen bei ihren Besuchen aber nicht nur neue Erkenntnisse über das politische System des Nachbarlandes, sondern haben auch Gelegenheit, persönliche Kontakte zu knüpfen. So hat der rheinland-pfälzische SPD-Abgeordnete Klaus Hagemann anschließend mit seinem Partner zunächst einmal einen Praktikantenaustausch organisiert. Und heute holt er sich auf eigene Faust in Frankreich Informationen für seine Arbeit in Berlin, zum Beispiel über die Kleinkinderbetreuung im Nachbarland. Auch Andreas Schockenhoff hat inzwischen „ein Netzwerk von persönlichen Beziehungen“ in Frankreich aufgebaut.

Der Schwung von Versailles

Ein immer engeres Netzwerk von Beziehungen wird ferner durch den Austausch von Beamten geknüpft, der seit dem Jahre 2000 läuft. Inzwischen waren drei Deutsche und drei Franzosen als Parlamentsmitarbeiter im Nachbarland. In regelmäßigen Abständen soll ein Deutscher für etwa ein Jahr in der Assemblée nationale arbeiten, für ihn kommt ein Mitarbeiter der Nationalversammlung zum Bundestag.

Zum Beispiel Frank Baron, der seit Anfang April in Berlin ist. Sein erster Eindruck: Der Bundestag habe mehr politisches Gewicht als die Assemblée. In Frankreich werde aber über eine Änderung diskutiert. Er hoffe, nach seiner Rückkehr seine Erfahrungen in die Debatten seines Heimatlandes einbringen zu können.

Jacqueline Bila bestätigt das. Sie hat bereits ein Jahr in Paris als Referentin im Sekretariat des Ausschusses für Produktion und Handel gearbeitet und sehr schnell festgestellt, dass die Nationalversammlung weniger verbrieft Rechte hat als der Bundestag. So kann das Präsidium nicht einmal die Tagesordnung fürs Plenum festlegen. Das erledigt die Regierung. Für Deutsche ist es auch unvorstellbar, dass bei Uneinigkeit der beiden Kammern das Haushaltsgesetz ohne Votum des Parlaments in Kraft gesetzt werden kann.

Neben dem Austauschprogramm gibt es die Möglichkeit, zu einem einwöchigen Informationsbesuch zum Parlament des Nachbarn reisen zu können. Petra Düwel hat im Dezember 2005 das dicht gefüllte Programm mitgemacht, bei dem sie neben der Arbeitsweise des Parlaments auch die ihrem eigenen Bereich verwandten Arbeitsgebiete kennen lernte. Beim Mittag- oder Abendessen ließen sich persönliche Kontakte herstellen.

Weg der Aussöhnung: Charles de Gaulle und Konrad Adenauer.



Das Palais Bourbon, Sitz der französischen Nationalversammlung in Paris.



40. Jahrestag des Elysée-Vertrages im Januar 2003: Erste gemeinsame Sitzung von Bundestag und Nationalversammlung in Paris.



Verleihung des Deutsch-Französischen Parlamentspreises 2006: Die Parlamentspräsidenten Norbert Lammert und Jean-Louis Debré.

Das hilft bei ihrer Arbeit im Bundestag: „Künftig kann ich bei einer bestimmten Frage einfach mal anrufen oder eine Mail schicken.“

Im Jahre 2003 erhielten die schon zu jener Zeit vielfältigen Beziehungen einen zusätzlichen Schub durch die gemeinsame Sitzung beider Parlamente zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages. Yves Bur meint, dieses Treffen im Schloss von Versailles habe der Zusammenarbeit zusätzlichen Schwung verliehen. „Auch Politiker brauchen manchmal Emotionen.“ Es sei für ihn sehr berührend gewesen, dass hier – an diesem für die deutsch-französische Geschichte gefühlsbeladenen Ort – die Abgeordneten von beiden Seiten des Rheins nebeneinander saßen und die Hymnen beider Länder gesungen wurden.

In Versailles ging es auch ganz konkret um den weiteren Ausbau der Beziehungen beider Parlamente. Sie beschlossen, neben den Präsidien auch Ausschüsse gemeinsam tagen zu lassen, den Austausch zwischen den Abgeordneten und den Verwaltungsmitarbeitern zu intensivieren und in den internationalen parlamentarischen Versammlungen (zum Beispiel der WEU und der Nato) ihre Positionen abzustimmen.

Dieser Beschluss blieb kein bloßes Papier. Inzwischen haben sich bereits die Rechtsausschüsse, die Ausschüsse

für Gesundheit und Soziales, die Verteidigungsausschüsse (im Mai 2006) sowie bereits zum vierten Mal die Europausschüsse getroffen, die die Vorreiter spielten. Auf ihrer bisher letzten gemeinsamen Sitzung im März in Paris standen nach Angaben des deutschen Vorsitzenden Matthias Wissmann (CDU/CSU) die Zukunft der europäischen Verfassung, die Erweiterung und die Frage nach der Identität der EU im Mittelpunkt. Dabei sei es weniger um formale Beschlüsse gegangen – was rechtlich auch schwierig sei – sondern um einen tiefgehenden Meinungsaustausch.

Taktgefühl im Ausschuss

Wie läuft eine solche binationale Sitzung ab? Die Ausschussmitglieder bilden eine „bunte Reihe“, ein Franzose neben einem Deutschen. Die beiden Vorsitzenden wechseln sich in der Sitzungsleitung ab und rufen abwechselnd jeweils einen deutschen und einen französischen Parlamentarier zu deren Wortbeiträgen auf. Margot Heimbach, Leiterin des Ausschusssekretariats, meint: „Das geht wie das Einfädeln auf der Autobahn.“ Jeder verwendet seine Muttersprache, es wird simultan übersetzt. Es kommt aber immer wieder vor, dass einer in die Sprache des anderen verfällt. Bei den einleitenden Worten geschieht das schon aus Höflichkeit.

Noch konkreter wurde die in Versailles vereinbarte Zusammenarbeit des Bundestages und der Nationalversammlung in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe praktiziert. Sie galt dem 1963 gegründeten Deutsch-Französischen Jugendwerk, das Schwächen zeigte, die Jugendlichen von heute nicht mehr so gut erreichte wie das noch in den 60er Jahren der Fall war. Die von den Präsidien beider Parlamente in Versailles eingesetzte gemischte Arbeitsgruppe sollte dem Jugendwerk neue Dynamik verschaffen.

Seit Oktober 2003 fanden monatlich abwechselnd in beiden Ländern zweitägige Anhörungen von Experten statt. Am Ende waren alle Mitglieder der Arbeitsgruppe davon überzeugt, dass das Jugendwerk einer grundlegenden Reform unterzogen werden musste. Ihre Vorschläge wurden von den Parlamenten gebilligt und von den Regierungen in Form eines Abkommens übernommen.

Bei ihren jährlichen Zusammenkünften ehren die Präsidien auch die Träger des Deutsch-Französischen Parlamentspreises, der ebenfalls 2003 ins Leben gerufen wurde. Mit ihm werden jährlich herausragende wissenschaftliche Arbeiten ausgezeichnet, die sich sowohl mit Frankreich als auch mit Deutschland beschäftigen und zur besseren gegenseitigen Kenntnis der beiden Länder beitragen. Insgesamt rund

80 Arbeiten für das Jahr 2005 wurden eingereicht – eine erfreulich starke Resonanz bereits im zweiten Jahr der Preisvergabe. Keine leichte Aufgabe war es für die Jury aus je zwei Abgeordneten des Bundestages und des französischen Parlaments sowie zwei deutschen und zwei französischen Wissenschaftlern, sich bei dem durchgängig hohen Niveau auf zwei Preisträger festzulegen. (siehe Kasten)

Die Beziehungen zwischen beiden Parlamenten sind so vielfältig und laufen so reibungslos, dass viele der beteiligten Abgeordneten das ursprünglich nur im Hospitantenprogramm gebrauchte Bild des Tandems auch auf die gesamte Zusammenarbeit anwenden. Bur meint: „Das Bild passt. Wenn einer – zum Beispiel vor einer Wahl – etwas schwächer ist, dann muss der andere eben kräftiger treten.“ Er hoffe, „dass wir so lange wie möglich miteinander Tandem fahren können“.

Text: Klaus Lantermann



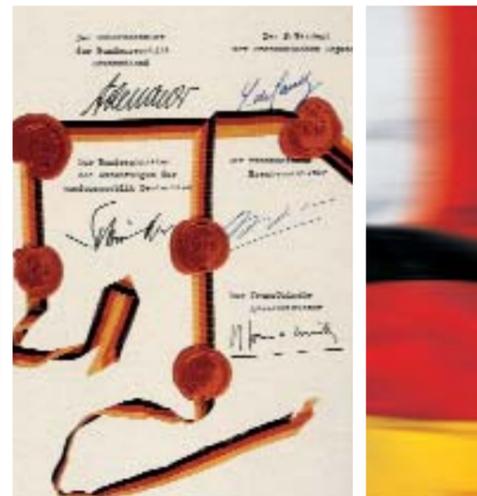
Assemblée nationale

Website der französischen Nationalversammlung mit Informationen in deutscher Sprache: www.assemblee-nationale.fr/deutsch

Deutscher Bundestag

Website des Bundestages mit Informationen in französischer Sprache: www.bundestag.de/htdocs_f

Vertrag über die deutsch-französische Freundschaft von 1963. Original mit Adenauers Unterschrift.



Gemeinsame Präsidiumssitzung: Anfang April tagten die Präsidien von Nationalversammlung und Bundestag in Berlin.



Ausschüsse: Der Vorsitzende des Finanzausschusses der Nationalversammlung Pierre Mehaignerie (links) beim Finanzausschuss des Bundestages.

Deutsch-Französischer Parlamentspreis Die Preisträger 2005

Der französische Germanist Denis Goedel und der deutsche Kunsthistoriker Martin Schieder sind Träger des zum zweiten Mal verliehenen Deutsch-Französischen Parlamentspreises.

Der deutsche Preisträger, Dr. Martin Schieder, lehrt und forscht als Gastprofessor am Kunsthistorischen Institut der Freien Universität Berlin. Er ist Leiter des Forschungsprojektes „Französische Kunst im Nachkriegsdeutschland – Deutsche Moderne in Frankreich nach 1945“, das in Kooperation mit dem Kunsthistorischen Institut der Freien Universität am Deutschen Forum für Kunstgeschichte in Paris durchgeführt wird. Nach dem Studium der Kunstgeschichte, Geschichte und Klassischen Archäologie promovierte Schieder mit einer Arbeit über religiöse Malerei im Frankreich des 18. Jahrhunderts. 2004 habilitierte er sich mit seinem jetzt preisgekrönten Werk.

Das 2005 erschienene Buch „Im Blick des Anderen. Die deutsch-französischen Kunstbeziehungen 1945–1959“ schildert, wie die Kunstbeziehungen zwischen beiden Ländern sehr schnell nach Ende des Zweiten Weltkrieges wieder dort aufgenommen wurden, wo sie 1933 unterbrochen worden waren, und wie die französische Besatzungsmacht mit spektakulären Ausstellungen dem kulturell desorientierten deutschen Publikum die Moderne wieder nahe brachte.

Der französische Preisträger, Professor Denis Goedel, ist 1938 in Saverne (Zabern) im Elsass geboren. Nach dem Studium der Germanistik an der École Normale Supérieure arbeitete er vier Jahre lang als Gymnasiallehrer. 1968 wechselte er an die Universität Straßburg, wo er sich als Professor von



Denis Goedel.

1981 bis zu seiner Emeritierung 1993 vor allem mit der so genannten „civilisation allemande“ beschäftigt, was in etwa der Kulturgeschichte Deutschlands im weitesten Sinne des Wortes entspricht.

Goedel wurde geehrt für sein 2005 erschienenes Werk „Le tournant occidental de l'Allemagne après 1945. Contribution à l'histoire politique et culturelle de la RFA“ („Die Westorientierung Deutschlands nach 1945. Beitrag zur politischen und kulturellen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“). Mit ihm zeigt der Wissenschaftler, wie sich Westdeutschland von 1947 bis Anfang der 70er Jahre durch die Aneignung der Werte, Denkstrukturen und institutionellen Modelle der westlichen Welt „verwestlichte“ und so mit den seit dem 19. Jahrhundert entwickelten Vorstellungen vom deutschen „Sonderweg“ brach.



Denis Goedel: „Le tournant occidental de l'Allemagne après 1945. Contribution à l'histoire politique et culturelle de la RFA“, Straßburg, Presses Univ. de Strasbourg, 2005



Martin Schieder: „Im Blick des Anderen. Die deutsch-französischen Kunstbeziehungen 1945–1959“, Akademie Verlag, Berlin, 2005



Martin Schieder.



Bundestagspräsident Norbert Lammert empfängt Jean-Louis Debré in Berlin.

Im Gespräch: Die Parlamentspräsidenten Jean Louis Debré und Norbert Lammert

„Völker brauchen Träume, Ambitionen, Visionen“

Seit 1997 treffen sich die Präsidien der französischen Nationalversammlung und des Deutschen Bundestages regelmäßig zu gemeinsamen Beratungen. Anfang April kamen die Präsidenten der Parlamente und ihre Stellvertreter wieder in Berlin zusammen. Ein Gespräch mit den Präsidenten der beiden Parlamente, Jean-Louis Debré und Norbert Lammert, über die Perspektiven der Beziehungen, die Notwendigkeit sprachlicher Vielfalt in der Europäischen Union und über die Chance, bei politischen Schlüsselfragen wie Integration oder Arbeitslosigkeit immer wieder voneinander zu lernen.

Blickpunkt Bundestag: Monsieur le Président, wie schätzen Sie nach dem deutschen Regierungswechsel hin zur Großen Koalition unter Kanzlerin Angela Merkel die deutsch-französischen Beziehungen ein? Gibt es einen neuen Stil? Hat sich etwas politisch oder atmosphärisch verändert?

Jean-Louis Debré: Erfreulicherweise gibt es einen dauerhaften gemeinsamen Willen, freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich zu unterhalten. Nicht nur zugunsten unserer beiden Länder, sondern auch zum Ausbau des Europäischen Hauses insgesamt. Seit die neue Kanzlerin im Amt ist, haben wir mit großer Freude festgestellt, dass diese Tradition, die in unseren Köpfen und Herzen verankert ist, weiter besteht. Natürlich hängen Beziehungen immer auch von den Persönlichkeiten der politisch Verantwortlichen ab. Dass die erste Amtsreise der deutschen Kanzlerin nach Frankreich ging und sie vor den Franzosen bekräftigt hat, dass die deutsch-französischen Beziehungen ihr am Herzen liegen, hat uns sehr froh gemacht.

Blickpunkt: Herr Bundestagspräsident, ist das auch Ihre Sicht? Gibt es gewissermaßen eine automatische Kontinuität problemloser Beziehungen?

Norbert Lammert: Die Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern und Parlamenten ist so perfekt, dass ich Satz für Satz von dem unterstreichen kann, was der Kollege Debré gerade gesagt hat.

Debré: Ich muss noch einen Einwurf zu Ihrer Frage machen. Mir gefällt nicht, wenn man von einem Automatismus unserer Beziehungen spricht. Nein, es soll keinen Automatismus geben! Unsere Zusammenarbeit kommt wirklich von Herzen. Deshalb möchte ich, dass wir aus unseren Beziehungen alles verbannen, was eine Gewohnheit werden könnte. Die deutsch-französischen Beziehungen sind kein Reflex, sondern ein Bedürfnis unserer Bevölkerungen.

Blickpunkt: Wie gut ist die Kooperation zwischen der Assemblée nationale und dem Bundestag? Sind die Parlamente der Motor der deutsch-französischen Beziehungen? Spielen sie eine Vorreiterrolle für die Regierungszusammenarbeit?

Lammert: Ich kann da keinen Vorsprung der Parlamente erkennen. Es liegt in der Natur der Sache, dass – klassisch betrachtet – die Zusammenarbeit zwischen Ländern zunächst Aufgabe der Regierungen ist. Tatsächlich hat sich ja die deutsch-französische Kooperation aus der Zusammenarbeit von Regierungschefs entwickelt. Ohne den Einsatz von Konrad Adenauer in Deutschland und Charles de Gaulle in Frankreich hätte es diese beispiellose enge Zusammenarbeit vielleicht nie, zumindest nicht so früh gegeben. Wir haben in der Folge dann sehr großen Wert darauf gelegt, dass dies eben nicht nur ein auf die Regierungen beschränktes Kooperationsverhältnis sein darf. Deshalb haben wir in den letzten Jahrzehnten die Zusammenarbeit auf der parlamentarischen Ebene immer stärker vertieft.

Debré: Die deutsch-französischen Beziehungen spielen sich auf drei Ebenen ab: der Ebene der Regierungen, wer auch immer gerade die Minister stellt. Der Ebene der Parlamente, egal welche Mehrheiten bestehen, und auf der Ebene der Völker. Dabei spielt das Deutsch-Französische Jugendwerk eine wichtige Rolle. Die Originalität der Beziehungen liegt in diesen drei Ebenen begründet. Deswegen sind unsere Beziehungen gut geölt.

Blickpunkt: Wie steht es mit der Sprache? Die gegenseitigen Sprachkenntnisse in Frankreich und Deutschland zeigen weiterhin eine abfallende Tendenz. Muss der so gern geforderte Dialog bald auf Englisch gehalten werden?

Lammert: Von Zeit zu Zeit tun wir das bereits, insofern ist das gar keine ferne Zukunftsperspektive. Aber genau darin liegt natürlich der Kern des Problems: Englisch entwickelt sich zunehmend zu dem klassischen Verständigungsmittel in einer Welt, die immer stärker zusammenrückt. Das gilt auch für die Europäische Union, in der bei immer mehr Mitgliedstaaten immer mehr Sprachen gesprochen werden. Wir Deutsche und Franzosen als zwei große Kulturstaaten in dieser Gemeinschaft haben ein gemeinsames Interesse, den Rang unserer Sprachen hochzuhalten. Deshalb unternehmen wir große gemeinsame Anstrengungen sicherzustellen, dass die Vereinbarungen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft mit Blick auf das Sprachenregime eingehalten werden, also Deutsch und Französisch mit der gleichen Selbstverständlichkeit wie Englisch als Arbeits- und Amtssprache gepflegt werden.

Debré: Das Problem der Sprache ist vielschichtig. Welches Europa wünschen

„Es soll keinen Automatismus geben. Unsere Zusammenarbeit kommt von Herzen.“

JEAN-LOUIS DEBRÉ



wir uns? Wünschen wir uns ein vollständig uniformes Europa oder ein Europa der Einheit in der Vielfalt? Europa ist doch ein Modell, das von der Vielfalt der anderen lebt. Grundlegend dafür sind die Sprachen. Wir sollten gemeinsam dafür streiten, dass die nationalen Sprachen bei unseren Beziehungen in Europa gesprochen werden können. Denn die Sprachen sind ja immer auch Zeichen einer Kultur, einer bestimmten Sichtweise, einer Art, das Leben zu sehen. Deshalb sollten wir uns der Uniformisierung auf sprachlicher Ebene entgegenstellen.

Blickpunkt: Eine Frage zur Politik. Herr Lammert, entsprach der Massenprotest junger Menschen in Frankreich gegen die Aussetzung des Kündigungsschutzes einem Generationenkonflikt, der auch in Deutschland entstehen könnte?

Lammert: Es wäre nach meinem Verständnis überheblich und leichtfertig, wenn wir die Entwicklungen in Frankreich für Deutschland als ausgeschlossen erklären würden. Das sind zwei Länder mit sehr ähnlichen Standards der Entwicklung und ähnlich langen, wenn auch nicht identischen Erfahrungen von Migrationen. Auch wenn wir, Gott sei Dank, keine Anzeichen dafür haben, dass sich Entwicklungen wie in Frankreich nun auch in Deutschland unmittelbar andeuten,

dürfen wir uns nicht bequem zurücklehnen. Dafür sind die Probleme in unseren Ländern zu ähnlich. In beiden Ländern haben wir uns mit der Frage zu beschäftigen, was eigentlich Voraussetzung für gelingende Integration ist. Und: Haben wir nicht manche Erwartungen sich selbstständigen lassen, ohne uns um die konkreten Rahmenbedingungen zu bemühen, die sicherstellen, dass die gewünschte Integration auch wirklich stattfindet? Ich hoffe sehr, dass die französischen Erfahrungen auch für uns eine Hilfe sind, mit ähnlichen Problemen vielleicht präventiv besser fertig zu werden.

Blickpunkt: Monsieur le Président, ist das, was in Ihrem Land passierte, Ihrer Meinung nach nur ein Auflehnen gegenüber einem bestimmten Gesetz oder ist es insgesamt Ausdruck einer Zukunftsangst junger Menschen?

Debré: Beides. Das Hauptproblem liegt in der Jugendarbeitslosigkeit und in der Tatsache, dass dieses gravierende Problem nicht so schnell in den Griff zu bekommen ist. Fast jeder vierte Jugendliche ist arbeitslos und sieht keine Zukunftsperspektive. Das ist wirklich schlimm. Aber wir dürfen das nicht einfach nur kritisieren, sondern müssen in Demut Lösungen finden. Wenn wir dies tun, stoßen wir dabei natürlich auch auf Sorgen und Widerstände und auf Angst vor

Veränderungen. Muss man also hinnehmen, dass hier Blindheit gegenüber einer Welt an den Tag gelegt wird, die sich verändert, oder soll man langsam progressiv versuchen, Lösungsansätze zu finden? Aber natürlich: Es gibt diese tiefe Angst der Jugendlichen, in Frankreich wie anderswo, weil die Jugend die Welt nicht mehr versteht. Was möchte diese Jugend? Sie hat Zweifel an einer Globalisierung, die man nicht immer im Griff hat, und an einem immer größer werdenden Europa. Und sie sieht im Fernsehen statt einer Welt des Friedens immer mehr Krieg und Aggressionen. Diese Fragen stehen also im Raum. In welcher Welt werden wir leben?

Lammert: In der deutschen Jugend gibt es ähnliche Ängste. Die Probleme in Deutschland sind nicht prinzipiell andere als in Frankreich. Es ist leichter, Orientierungspunkte zu finden, wenn man sich in Situationen befindet, in denen neue Ziele vor Augen stehen, die dringend erreicht werden müssen und auch erreicht werden können. Insofern war in den fünfziger und sechziger Jahren bei der objektiv viel schwierigeren Ausgangssituation die Orientierung der Menschen viel einfacher. Es war klar, was zu leisten war. Was sich an Fortschritten ergab, bestätigte die Motivation, Arbeit, Wohlstand und Frieden zu schaffen. Heute haben wir uns an all das als Selbstverständlichkeiten gewöhnt. Deshalb ist es so schwierig, ähnlich motivierende Ziele zu definieren.

Blickpunkt: Ist die Politik überfordert? Was kann die Politik hier leisten?

Debré: Völker brauchen Träume, brauchen Ambitionen, Visionen. Was ist der Traum, den wir heute haben? Ist es ein wirtschaftlicher, sozialer, kultureller Traum? Bei aller Notwendigkeit zum praktischen Handeln: Die Politik müsste diesen Traum neu definieren, und da tun wir uns alle etwas schwer.

Das Gespräch führte Sönke Petersen.

i Die Präsidien von Assemblée nationale und Deutschem Bundestag verabschiedeten nach ihrer Sitzung am 6. April eine gemeinsame Erklärung zum Sprachregime der EU:

www.bundestag.de/aktuell/presse/2006/pz_060406.html

„Ich hoffe sehr, dass die französischen Erfahrungen für uns eine Hilfestellung sind.“

NORBERT LAMMERT



INKOGNITO

Pionierin auf dem kurzen Dienstweg

Wer war's? fragt BLICKPUNKT BUNDESTAG und lädt Sie ein, Persönlichkeiten der Parlamentsgeschichte wieder zu begegnen. In jeder Ausgabe stellen wir jeweils ein Mitglied des Bundestages vor, das in der Geschichte Deutschlands eine bedeutende Rolle gespielt hat. Sein Name wird nicht genannt. Lüften Sie sein Inkognito und gewinnen Sie eine Reise für zwei Personen nach Berlin.

Mutig und selbstbewusst hat sie immer wieder neue Wege beschritten. Wie viele Politikerinnen ihrer Generation leistete sie Pionierarbeit bei der Gleichstellung der Frau. Wegweisend wirkte sie auch in ihrem Kampf um die Integration von Ausländern.

Für ihren oft gegen Widerstände zurückgelegten politischen Weg bringt die Westfälin von Herkunft und Ausbildung beste Voraussetzungen mit. Sie wird Ende des Ersten Weltkrieges als viertes Kind eines Fabrikanten geboren. Ihre Mutter entstammt einer angesehenen Bankiersfamilie. Der Vater wird später Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und vertritt Anfang der 50er Jahre die FDP im Bundestag.

Unsere Kandidatin schlägt einen für Frauen damals nicht gerade üblichen Berufsweg ein: Nach Studium und Arbeit bei einem Wirtschaftsprüfer steigt die Diplom-Kauffrau 1944 in das Familienunternehmen ein und arbeitet dort bis 1969 als Abteilungsleiterin für das Rechnungswesen und Prokuristin für Bilanzen, Steuerrecht und Finanzwesen.

Schon kurz nach dem Krieg schließt sie sich der Partei ihres Vaters an und kandidiert 1950 auf einem eigentlich aussichtslosen Listenplatz für den nordrhein-westfälischen Landtag. Doch die FDP verdoppelt wider Erwarten die Zahl ihrer Mandate, und die 32-Jährige



Unsere Kandidatin mit Werner Maihofer während eines Parteitags 1977.

ist plötzlich Abgeordnete. 1961 wird sie in den Bundestag gewählt. Sie gehört zu den wenigen Bonner Spitzenpolitikern, die sich während der Studentenunruhen 1968 in den Universitäten ans Mikrofon wagen und den Respekt der Studenten ebenso gewinnen wie die Achtung der Professoren.

Im Bundestag arbeitet sie nach Bildung der von ihr befürworteten sozial-liberalen Koalition im Finanzausschuss, dessen Vorsitz sie 1972 übernimmt. Seit 1969 ist sie auch Vizepräsidentin des Bundestages. Ihr persönlicher Referent ist ein junger Wirtschaftswissenschaftler – heute selbst Vizepräsident des Parlaments.

Seine damalige Chefin steigt in der Partei weiter auf und wird 1977 stellvertretende Bundesvorsitzende. 1979 geht sie als Wirtschaftsministerin nach Düsseldorf – als erste Frau in diesem bis dahin vom männlichen Geschlecht dominierten Amt. Ihr damaliger Regie-

rungschef Johannes Rau (SPD) berichtet später, wie die neue Ministerin in ihrem Hause für „helle Aufregung“ sorgt, indem sie „neue, ganz unerhörte Verfahren“ einführt. „Hat sie zum Beispiel zu einer Vorlage eine Frage, so griff sie einfach selber zum Telefon und rief den Verfasser an, statt die Prozession vom Staatssekretär zum Abteilungsleiter, vom Abteilungsleiter zum Referenten und vom Referenten zum Hilfsreferenten in Gang zu setzen.“

Ungeachtet des Unmuts einiger Ministerialbeamter macht sie ihre Sache so gut, dass sie zur Spitzenkandidatin für die nächste Landtagswahl gewählt wird. Doch ihre Partei verpasst 1980 mit 4,98 Prozent äußerst knapp den Wiedereinzug in den Landtag.

Aber schon ein Jahr später wartet eine neue Aufgabe, in der sie erneut Pionierarbeit leistet. Sie wird Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, legt dieses Amt zwar 1982 aus Protest gegen den Bruch ihrer Partei mit der sozial-liberalen Koalition nieder, lässt sich aber vom neuen Regierungschef auf die Position zurückholen.

Sie erkennt schon damals, dass Deutschland ein Einwanderungsland geworden ist. Hartnäckig setzt sie sich für größere Anstrengungen zur Integration ein. Letztlich aber, so erinnert sich Johannes Rau, kämpft sie „auf fast verlorenem Posten, weil man andersorts die Größe der Herausforderungen nicht erkennen konnte oder wollte“. Schließlich legt sie angesichts der „mangelnden Unterstützung seitens der Bundesregierung und der politischen Parteien“ ihr Amt ein zweites Mal nieder, dieses Mal endgültig.

Die unverheiratet Gebliebene ist Ehrenbürgerin ihrer Heimatstadt Hagen, wo sie bis heute lebt. Sie hat sich in vielfältiger Weise für die Stadt eingesetzt und unter anderem ein Buch mit dem Titel „Hagener Straßen erzählen Geschichte(n)“ herausgegeben, das schon zwei Auflagen erlebt hat.

Wer war's?

Die Antwort schicken Sie als Fax, E-Mail oder per Postkarte an: MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH, Wassergasse 3, 10179 Berlin, Fax: (030) 65 000-190, E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com. **Einsendeschluss: 19. Mai 2006.** Unter den richtigen Einsendungen werden fünf Preise verlost. Der Hauptgewinn ist eine Reise für zwei Personen nach Berlin. Die Lösung unseres Rätsels in Heft 3/06 lautet: Richard Stücklen. Eine Reise nach Berlin hat Marie Sauer aus Loffenau gewonnen.



Vorsorgen für Zeiten, die anders werden

Text: Kathrin Gerlof, Fotos: studio kohlmeier



SERIE ABGEORNETE IM WAHLKREIS

Eva Bulling-Schröter weiß, dass neue Ideen mutige Menschen brauchen und mutige Menschen viel Unterstützung. Sonst bleibt alles beim Alten.





auch noch ein amerikanisches Unternehmen gefunden, das die passenden Motoren für sein Rapsöl baut. Motoren, die man einfach umrüsten kann. Ein Hektar Raps bringt bis zu 1.500 Liter Öl und Eiweiß für die Tiere und Nahrung für den Menschen. „Und das“, ruft Thomas Kaiser mit einer Theaterstimme, die es locker bis unters Dach des Bauernhauses schafft, „will man dann demnächst besteuern? Ja denkt denn keiner an die Zukunft?“

Die Abgeordnete Eva Bulling-Schröter von der Bundestagsfraktion Die Linke. sitzt beim **Biobauern** mit am Tisch und schafft es, beim Zuhören eine Laugenbrezel in zwei gleich große Hälften zu teilen, um sie mit Butter zu bestreichen. Dafür muss man wahrscheinlich in Bayern groß geworden sein. Ist die Ingolstädterin auch, eine von drei Abgeordneten ihrer Fraktion aus Bayern. In den letzten drei Jahren hat sie, nach vorher achtjährigem Bundestagsmandat, wieder in ihrem Beruf gearbeitet: als Schlosserin. Tim Brand und Thomas Kaiser kennt sie schon lange. Nicht nur, aber auch, weil Schwerpunkte ihrer politischen Arbeit nachwachsende Energien, Tierschutz, Umwelt sind. Alles große Themen und weite Felder. In Bayern tut sich da viel. Und in Bayern ist man wie anderswo auch abhängig davon, dass die Bundespolitik die richtigen Weichen stellt und gute Gesetze macht. Wenn Eva Bulling-Schröter in ihrem Wahlkreis unterwegs ist, bekommt sie darüber eine Menge zu hören. Gutes und Schlechtes. Das mit der möglichen Besteuerung von Pflanzenöl, das nicht als Kraftstoff für landwirtschaftliche Fahrzeuge eingesetzt wird, gehört zum Schlechten. Findet sie. Und deshalb redet sie mit Tim Brand und Thomas Kaiser, um Argumente zu sammeln und zu besprechen, was man gegen die Pläne der Bundesregierung tun kann. Sie ist in der Opposition, da heißt es kämpfen und Allianzen schmieden, um etwas zu bewegen. Und gute Argumente haben.

Über Gesetze und deren Tauglichkeit können die Menschen hier viel erzählen. Das ist der Abgeordneten wichtig, dafür ist sie im Wahlkreis unterwegs, denn sie weiß: Der „Pudding“ wird immer noch beim Essen geprüft – und ein Gesetz in der Praxis.

Im **Biomasse-Heizkraftwerk Pfaffenhofen** zum Beispiel, wo man wirtschaftlich, zuverlässig und absolut umweltschonend Wärme und Kälte bereitstellt. Für die Firma Hipp, für Schulen und andere Einrichtungen der Kreisstadt. Wärme und Kälte, die Prozesskälte heißt, werden aus Schwach- und Restholz gewonnen. Der Energieträger kommt aus den Wäldern ringsum und ist auf lange Sicht verfügbar. 300.000 Schnittekubikmeter werden im Jahr



Biobauernhof Denkendorf

Thomas Kaiser wird immer lauter beim Reden und haut am Ende auf den Tisch, dass es kracht. Tim Brand lächelt und gießt sich noch eine Tasse Kaffee ein. Den hat er sich verdient an diesem wie an jedem anderen Morgen, nachdem das Milchvieh versorgt ist. Tim Brand kennt seinen Freund. Wenn der anfängt, über den Nutzen von Pflanzenöl für Mensch, Tier und Maschine zu reden und darüber, ob die Politik die richtigen Gesetze für diesen wunderbaren Energieträger macht, gibt es kein Halten mehr. Thomas Kaiser ist verzweifelt und hat im nächsten Augenblick schon wieder eine Idee. Er ist ein Macher und ein Tüftler, Mitbegründer der Vereinigten Werkstätten für Pflanzenöltechnologie, Freund des Biobauern Tim Brand, mit dessen Familie er in einem Denkendorfer Bauernhaus im Bayrischen Altmühltal wohnt und mit dem er Neues ausprobiert.

Mischfrucht zum Beispiel – Erbsen, Leindotter und Nackthafer auf einem Feld. Da muss man nur noch zwei Mal auf den Acker: zur Aussaat und zur Ernte. Das pflegt sich geradezu selbst. Genial. Und jetzt hat Thomas Kaiser



Biomasse-Heizkraftwerk Pfaffenhofen



Eittingermoos und Schwaigermoos

verbraucht – das Heizkraftwerk ist ein Wunder der Technik, Organisation und Effizienz. Nur zehn Leute managen das System. Das Geheimnis? „Man darf nicht an einer bestimmten Stelle aufhören zu denken“, sagt der Geschäftsführer Herbert Bauer. „Und man muss alle Parameter genau kennen, damit sich alles rechnet.“ So sollte, sagt Bauer, die Politik auch arbeiten. Es gäbe da noch zu viele Gesetze, deren Grundgedanke richtig sei, während die Durchführungsbestimmungen nicht funktionierten. „Nach dem Gesetz müssen wir zum Beispiel Holzrasche, die eigentlich ein ideales Düngemittel ist, wie andere Asche entsorgen. Wir sind ja auch für unseren Abfall verantwortlich. Anstatt eines geschlossenen Kreislaufes – Holz aus dem Wald, Energie aus Holz, Holzrasche als natürlicher Dünger – haben wir also hohe Kosten für die Entsorgung. Das macht keinen Sinn.“ Das will die Abgeordnete nun überprüfen.

Sie weiß allerdings auch, und darüber redet sie nach einem Rundgang durch das Heizkraftwerk mit Herbert Bauer und dem Kraftwerksmeister Roland Wein, dass es oft unglaublich lange dauert, bis sich etwas ändert. Sie spricht über Abläufe in der parlamentarischen Arbeit, darüber, wie viel Zeit es braucht, um ein Gesetzesvorhaben in verschiedenen Ausschüssen zu beraten.

Herbert Bauer sagt: „Wenn wir hier erneuerbare Rohstoffe nutzen, umweltverträgliche Technik, dann ist das Daseinsvorsorge für Zeiten, die mal anders sind, weil Rohstoffe noch knapper und Energie noch teurer sein werden. Wir wollen nur nicht gegängelt werden.“ Zwei Seiten einer Medaille, Praxis und Politik. Nicht aus einem Guss in diesem Fall. Das mit der Regelung für Holzrasche, verspricht die Abgeordnete, schaut sie sich genau an, vielleicht lässt sich was machen. Vielleicht.

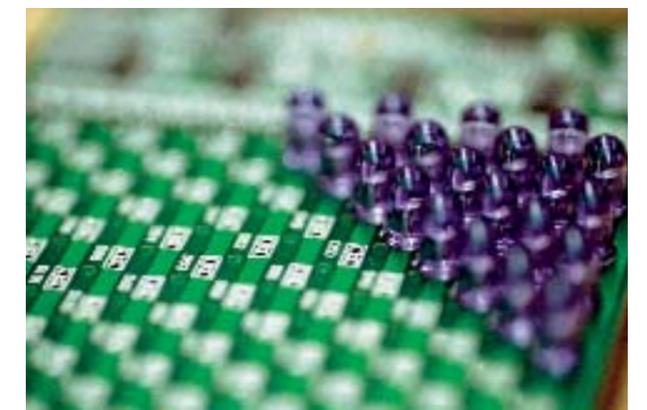
Ob sich etwas gegen die Pläne für den Bau einer dritten Startbahn für den Flughafen München machen lässt, hängt weniger von der Bundes- und mehr von der Landespolitik ab. Beim Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) in Freising jedenfalls, wo sich die Abgeordnete Bulling-Schröter nach dem Besuch im Heizkraftwerk mit Gegnerinnen und Gegnern des Flughafenausbaus trifft, ist man nicht pessimistisch. Die Argumente lägen doch klar auf der Hand und seien nicht zu übersehen.

Man fährt gemeinsam in die Dörfer **Eittingermoos und Schwaigermoos**, in denen 400 Menschen leben – zwischen Flughafen und Autobahn. Beide Orte verschwinden, wenn die dritte Startbahn kommt, es würde noch lauter werden, es gäbe noch mehr Kerosinablagerungen auf Feldern und in Gärten, die Naturlandschaft Erdinger Moos

wäre in Gefahr. Die Bürgerinitiative hält das Versprechen von der Jobmaschine Startbahn 3 für ein Märchen – die Region Freising/Erding habe bereits jetzt die niedrigste Arbeitslosenquote Deutschlands und der Flughafen sei schon jetzt überdimensioniert. Eva Bulling-Schröter ist auch hier, um Mut zu machen, Widerstand gegen große Pläne braucht langen Atem.

Um Gesetze, Verordnungen, Pläne ging es am Tag zuvor auch in der **Insel-Tagesstätte** für psychisch Kranke, die in der Ingolstädter Schaffbräustraße untergebracht ist und seit 1992 existiert. Betrieben wird sie vom Förderverein „Insel“. Es ist die einzige Einrichtung dieser Art in der Stadt. Hier werden rund 80 Menschen betreut, aufgebaut, ermutigt, unterstützt bei ihren Versuchen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Zur Tagesstätte gehört eine Werkstatt, in der chronisch psychisch kranke Menschen mit sinnvoller Arbeit ein bisschen Geld verdienen können. Geld haben sie alle nur sehr wenig. In den hellen und schönen Aufenthaltsräumen gibt es jeden Tag gutes Essen, die Möglichkeit, zusammen zu sein und etwas miteinander zu tun.

Insel-Tagesstätte Ingolstadt





Tierheim München

Das Gespräch der Abgeordneten mit der Geschäftsführerin des Trägervereins, Ulrike Adlkofer, der Vereinsvorsitzenden, Gertraud Merkel, und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Tagesstätte dreht sich um Eingliederungshilfe, Sozialhilfe, pauschale Finanzierung, das Sozialgesetzbuch und die drohende Herabsenkung von Standards, wenn der Markt geöffnet wird. Mehr als zwei Stunden verbringt die Abgeordnete in der Einrichtung. Wie überall nimmt sie sich Zeit, um zuzuhören, zu fragen und zu erklären, so dass jeder Termin am Ende für alle auch wirklich befriedigend und nutzbringend ist. Sie ist neugierig, vermittelt den Eindruck, noch nicht alles gesehen und gehört zu haben.

Im **Münchener Tierheim** dann kann sich die in diesen Tagen von einer heftigen Erkältung geplagte Abgeordnete gleich gar nicht mehr losreißen. Ein Huskie-Welpen hat es ihr so angetan, dass Anwesende vermuten, sie nimmt das Tier gleich mit nach Hause. Tut die 50-Jährige mit den blonden, immer ein wenig strubblig wirkenden Haaren nicht, aber irgendwann einmal vielleicht.

Tierschutz liegt ihr sehr am Herzen. Und hier, wo jährlich rund 7.000 Tiere aufgenommen, geschützt und

gepflegt werden, dreht sich fast alles um dieses Thema. Die hier arbeiten möchten, dass diese Arbeit anerkannt und gesetzgeberisch unterstützt wird. Auch künftig und vielleicht besser noch als jetzt. Der Tierschutzverein München, einst zum Schutz der misshandelten Droschkpferde gegründet, betreibt das Tierheim. Hier bekommen Hunde und Katzen von ihren Pflegerinnen und Pflegern so schöne Namen wie Johnny Wurzl oder Martin Kesici, der laut Charakterstudie Arbeitszimmer und Autos verteidigt. Hier werden Affen gesund gepflegt und Hunde trainiert. Für manche Tiere ist das Heim die letzte Lebensstation.

Nach dem Rundgang – die Abgeordnete hätte am liebsten jeden zweiten Hund mit nach Hause genommen – findet mit dem Leiter des Tierschutzvereins, Kurt Perlinger, ein Gespräch statt. Auch Kurt Perlinger ist ein leidenschaftlicher Redner: Warum nicht einen Tierschutzminister berufen, um das Thema mehr ins Bewusstsein zu rücken? Und Schlagfallen müssten endlich verboten werden, ebenso wie die Abschusserlaubnis für frei laufende Haustiere. Eine halbe Million erschossene Katzen pro Jahr, das ginge nicht an. Zudem soll die Stadt ihrer Verantwortung gerecht werden und ein Drittel des Geldes geben, das so ein Tierheim braucht.

Eva Bulling-Schröter verlässt das Tierheim ohne Hund, um an diesem Abend noch an einer Diskussionsveranstaltung im **Münchener EineWeltHaus** teilzunehmen. „100 Tage Linksfraktion“, darüber redet sie eine halbe Stunde – verschnupft, aber konzentriert. Danach Fragen über Fragen und eine späte Heimfahrt nach Ingolstadt, wo mehr als 30.000 Menschen bei Audi arbeiten.

Die Bundestagsabgeordnete und Schlosserin hat, denkt man nach solchen Terminen, ein Faible für Kämpfernaturen und kritische Geister. Für Menschen, die auch mal auf den Tisch hauen und sagen: Das könnt ihr in Berlin so nicht machen, da müsst ihr noch mal ran. Das gefällt der Oppositionspolitikerin. So bleibt vielleicht nicht alles beim Alten. Und dafür strengt sie sich schließlich an.

i **Eva Bulling-Schröter (Die Linke.):**
eva.bulling-schroeter@bundestag.de
www.bulling-schroeter.de

Infos zum Wahlkreis:
www.ingolstadt.de
www.landkreis-eichstaett.de
www.neuburg-schrobenhausen.de



EineWeltHaus München



BLICKPUNKT BUNDESTAG



Der Haushalt des Bundes

Sonderthema



Der Bundestag wacht über das Budget der Bundesrepublik.



Das Bundesfinanzministerium.

Der Haushalt des Bundes

Das Königsrecht des Parlaments

Geld ist nicht alles. Aber ohne Geld ist (fast) alles nichts. Das gilt natürlich auch für den Staat. Was auch immer politisch entschieden wird – in den meisten Fällen hat das auch Auswirkungen auf Einnahmen oder Ausgaben. Die Meinung vom Bedeutungsverlust des Parlaments mag verbreitet sein. Gerade die Haushaltspolitik zeigt, wie falsch sie ist. Denn die Bundesregierung kann keinen Cent ohne Zustimmung des Bundestages ausgeben. Da mag vieles von der Exekutive vorbestimmt erscheinen, tatsächlich reicht der Einfluss des Bundestages weit über den auf den ersten Blick sichtbaren Bereich hinaus. Mit Nachdruck achtet insbesondere der Haushaltsausschuss darauf, dass ständig klar wird: Das Budgetrecht ist und bleibt das Königsrecht des Parlaments.

Diese oft verwendete Bezeichnung vom „Königsrecht“ kann in drei Dimensionen verstanden werden. Einmal als Bezeichnung für die wichtigste Funktion, sozusagen die Kernkompetenz des Parlamentes. Zum Zweiten im Verhältnis zur Regierung, in dem das Parlament in der bedeutendsten Zuständigkeit „die Krone“ auf hat, und zum Dritten erinnert das Wort an das historische Ringen um Einfluss und Macht zwischen König und Standes-, später Volksvertretern. Das Budgetrecht gehört zu den ältesten und wirkungsvollsten Rechten, die sich die Parlamente erkämpft haben.

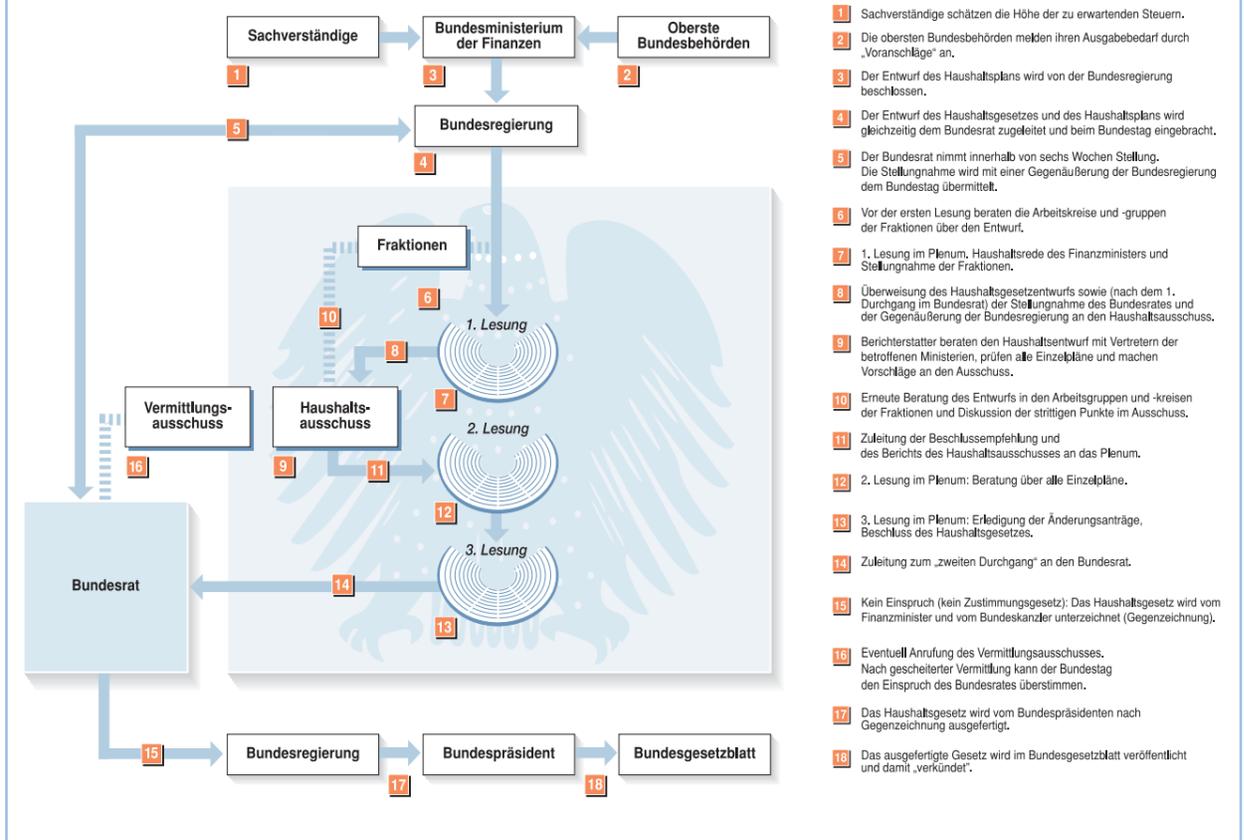
In der Übersicht entsteht ein Bundeshaushalt so: Die Regierung stellt einen Haushaltsplanentwurf zusammen und leitet ihn an Bundestag und Bundesrat weiter. In einer ersten Lesung setzt sich der Bundestag in einer mehrtägigen Beratung im Plenum mit den Grundzügen der Politik auseinander, die auf der Grundlage

der vorgesehenen Einnahmen und Ausgaben geplant sind. Dann befassen sich die Fachausschüsse mit den Details. Federführend ist dabei der Haushaltsausschuss, der sich jeden einzelnen Posten genau anschaut und gegebenenfalls Veränderungen vorschlägt. Darüber wird dann in der zweiten Lesung Monate später nacheinander für jeden Politikbereich einzeln erneut beraten und abgestimmt, bis das Gesamtwerk von rund 3.000 Seiten dann in der dritten Lesung eine Mehrheit im Bundestag findet. Sollte der Bundesrat Bedenken haben, kann er Einspruch erheben; der Bundestag kann einen Einspruch des Bundesrates aber mit der entsprechenden Mehrheit zurückweisen. Danach unterschreibt der Bundespräsident das Haushaltsgesetz mit dem Haushaltsplan als Anlage, und mit der Verkündung im Bundesgesetzblatt wird es zum 1. Januar des Haushaltsjahres, auf das es sich bezieht, wirksam.

Kontrolle der Ausgaben

Doch auch in der folgenden Zeit behält das Parlament seinen Einfluss. Nicht alle Ausgaben lassen sich nämlich präzise vorherbestimmen. Manche Ansätze werden zunächst mit einer „Sperr“ versehen. Dann muss der Haushaltsausschuss die entsprechenden Mittel erst noch eigens freigeben, wenn er die nötigen Informationen erhalten hat und die vorher formulierten Bedingungen erfüllt sind. Auch auf unvorhergesehene Entwicklungen und Ereignisse muss die Regierung reagieren können. Doch auch die außerplanmäßigen Ausgaben, für die zunächst kein eigener Titel im Haushaltsplan vorgesehen war, und auch die überplanmäßigen Ausgaben, die also den zunächst eingeplanten Umfang übersteigen, müssen dem Haushaltsausschuss vorgelegt werden. Über seinen Unterausschuss zur Rechnungsprüfung behält der Haushaltsausschuss zudem mit einem weiteren Instrument die Kontrolle über die

Bundeshaushalt: Vom Entwurf zum Gesetzblatt



Voranschlag

Unterlagen für die Aufstellung des Entwurfs des Haushaltsplans. Die Vorschläge enthalten die finanziellen Bedarfsanforderungen der Ressorts für das Haushaltsjahr, auf deren Grundlage das Finanzministerium den Entwurf des Haushaltsplans aufstellt.

Haushaltsplan

Der Haushaltsplan ist eine systematisch gegliederte Zusammenstellung der für ein Haushaltsjahr veranschlagten Ausgaben und der zu ihrer Deckung vorgesehenen Einnahmen. Er ist die Grundlage für die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes.

Außer- und überplanmäßige Ausgaben

Außerplanmäßig sind Ausgaben, für deren Zweck im Haushaltsplan kein Ausgabebetitel vorgesehen ist. Überplanmäßig sind Ausgaben, die die vorgesehene Höhe des Ausgabebetitels überschreiten, ohne dass der Haushaltsplan dies zulässt. Die außer- und überplanmäßigen Ausgaben sollen durch Einsparungen bei anderen Ausgaben in demselben Einzelplan ausgeglichen werden.

Nachtragshaushalt

Ein durch das Haushaltsgesetz festgestellter Haushaltsplan kann durch einen Nachtrag geändert werden. Dieser Nachtragshaushalt wird in dem für den Bundeshaushalt üblichen Gesetzgebungsverfahren verabschiedet. Ein Nachtragshaushalt ist dann nicht nötig, wenn die Mehrausgaben im Einzelfall höchstens fünf Millionen Euro betragen oder wenn Rechtsverpflichtungen erfüllt werden müssen.

Haushaltsausführung. Wichtiger Berater ist dabei der Bundesrechnungshof, der als unabhängige Instanz über die Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Haushaltsvollzugs wacht und mit jährlichen Berichten an den Ausschuss auf Missstände und Schief-lagen hinweist. Erst mit einer förmlichen Entlastung für die Regierung ist der Haushaltskreislauf beendet – derweil längst ein oder zwei nachfolgende Haushaltspläne auf dem Weg sind.

Vorgaben für den Haushalt

Jeder Haushaltsplan muss einer ganzen Reihe von Grundsätzen, Vorgaben und Orientierungsmustern folgen. In der Regel gilt er jeweils für ein Jahr; ausnahmsweise kann auch ein „Doppelhaushalt“ für zwei Jahre aufgestellt werden. Bei solchen Haushalten für mehrere Jahre müssen aber alle Einnahmen und Ausgaben für jedes Jahr getrennt angegeben werden. Es dürfen zudem keine Einnahmen und Ausgaben am Haushalt „vorbeigehen“; er muss also vollständig sein – von ganz wenigen zulässigen Fällen (Sondervermögen) abgesehen. Er sollte vor Beginn des Haushaltsjahres rechtskräftig sein, weil sonst – wie 2006 – zunächst nur eingeschränkt gearbeitet werden kann. Weiterhin muss die Summe der geplanten Einnahmen mit der Summe der geplanten Ausgaben

deckungsgleich sein. Hier können zusätzlich zu den Steuereinnahmen auch Kredite eingeplant werden; doch der Spielraum dafür wird immer enger, weil die Zinslasten für Kredite in der Vergangenheit schon einen großen Anteil an den Gesamtausgaben ausmachen, derzeit sind es über 14 Prozent. Um die nachfolgenden Generationen nicht zu überlasten, müsste eigentlich die Nettoneuverschuldung auf null reduziert werden. Weitere Grenzen ziehen der Maastrichter Vertrag über Stabilität und Wachstum in der Europäischen Union und das Grundgesetz in Artikel 115. Danach darf der Umfang der Kreditaufnahme die Summe der Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten – es sei denn, das Geld ist nötig, um eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes zu bekämpfen.

Damit ist eine weitere Vorgabe angesprochen: die Wirkung des Haushaltes auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Er soll so ausgerichtet sein, dass das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht (Preisstabilität, Vollbeschäftigung, stetiges Wirtschaftswachstum und ausgeglichene Außenhandelsbilanz) erreicht wird. Um einigermaßen verlässlich planen zu können, brauchen die Finanz- und Haushaltspolitiker Prognosen über die vermutliche Entwicklung der Einnahmen. Dazu gibt

es einen Arbeitskreis Steuerschätzung, der aus Experten von Bund, Ländern und Kommunen, der Deutschen Bundesbank, Vertretern des Statistischen Bundesamtes und wissenschaftlichen Instituten besteht und der zweimal im Jahr auf der Grundlage der gesamtwirtschaftlichen Eckdaten der Bundesregierung und des jeweils geltenden Steuerrechts die zu erwartenden Steuereinnahmen schätzt.

Ein Haushaltsplan entsteht

Es sind also ständig viele Aspekte zu berücksichtigen, wenn ein solcher Haushalt entsteht. Das beginnt meistens schon zu einem Zeitpunkt, an dem der gerade beschlossene Haushalt des nächsten Jahres noch nicht wirksam wird, also im Dezember des Vor-Vorjahres. Da starten die Mitarbeiter in den Ministerien und Bundesbehörden ihre Überlegungen, welche Ausgaben in ihrem Zuständigkeitsbereich voraussichtlich notwendig werden. Die offiziellen Arbeiten an einem Vorentwurf beginnen, wenn das Finanzministerium in einem „Haushaltsaufstellungs-rundschreiben“ alle Ministerien um die erforderlichen Daten bittet. Es geht dabei nicht um eine Wunschliste, sondern um eine bereits unter dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gewichtete Beurteilung dessen, was unbedingt nötig ist. Zu diesem Zweck schickt nicht jeder Mitarbeiter einzeln seine Einschätzung an das Finanzministerium, sondern das Zahlenmaterial wird in jedem einzelnen Ministerium und in jeder einzelnen Obersten Bundesbehörde gesammelt, gewichtet, in Teilen gekürzt, an Einzelstellen ergänzt und dann erst dem Finanzministerium übersandt. Hier entsteht nun ein erster Überblick, der zumeist Anlass für viele Rückfragen und Verhandlungen ist, damit die Ausgaben insgesamt nicht aus dem Ruder laufen.

Für alle Fachbereiche gibt es im Finanzministerium jeweils „Spiegelreferate“ mit Mitarbeitern, die sich besonders gut in der Materie des jeweiligen Ministeriums auskennen. Führen die Gespräche zwischen den Referenten, Abteilungsleitern und Staatssekretären noch nicht zur Klärung von Haushaltsansätzen, die zwischen den Ministerien umstritten sind, folgt eine

Sonderfall 2006

Vorläufige Haushaltsführung

Das Grundgesetz schreibt in Artikel 110 vor, dass ein Haushalt grundsätzlich vor Beginn des Jahres verabschiedet werden soll, für das er gilt. Doch nicht immer kann diese „Vorherigkeit“ eingehalten werden. So geschieht es, dass – wie 2005 für den 2006er Haushalt – unversehens eine vorgezogene Neuwahl einen Strich durch die Zeitplanung macht. Weil der Bund nicht seine Arbeit und Pflichterfüllung einfach einstellen kann, kommt es dann nach Artikel 111 im Rahmen des „Haushaltsvorgriiffs“ zu einer vorläufigen Haushaltsführung. Einzelne Bundesländer behelfen sich in diesen Fällen damit, dass in keinem Monat mehr als ein Zwölftel des vorjährigen Haushaltes ausgegeben werden darf. Eine solche Beschränkung kennt das Grundgesetz nicht. Es darf allerdings keine neuen Initiativen und Projekte geben, grundsätzlich ist eine vorläufige Haushaltsführung die Erfüllung bestehender Rechtsverpflichtungen.

Zur Finanzierung kann der Bund auch Kredite aufnehmen, bevor der neue Haushaltsplan in Kraft ist, allerdings nur bis zu einem Viertel der Summe der vorjährigen Kredite. Die vorläufige Haushaltsführung ist darauf angelegt, den Prozess der Wirtschaftsführung aufrechtzuerhalten. Denn neu gewählte Regierungen dürfen vorerst keine eigenen merklichen Akzente setzen, so lange der Bundestag dies nicht als Teil eines neuen Haushaltsplanes beschlossen hat.

 **Analysen und Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages, Stichwort „Vorläufige Haushaltsführung“ (20.12.2005): www.bundestag.de/bic/analysen/2005**

Der Bundesrechnungshof kontrolliert den Haushaltsvollzug und berichtet dem Bundestag.



Prognosen zur Steuerentwicklung: Sitzung des Arbeitskreises Steuerschätzung.



Verpflichtungsermächtigung

Im Haushaltsplan vermerkte Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die erst in künftigen Haushaltsjahren zu Ausgaben führen. Verpflichtungsermächtigungen geben Planungssicherheit für mehrjährige Maßnahmen.

Haushaltstitel

Der Titel ist die kleinste haushaltsrechtliche Einheit. In Titeln werden die Einnahmen nach ihrem Entstehungsgrund und die Ausgaben nach dem Zweck veranschlagt.

Finanzplan

Zusammenfassende Darstellung der fünfjährigen Finanzplanung, die der Haushaltswirtschaft des Bundes zu Grunde zu legen ist. Der Finanzplan wird vom Bundesfinanzminister aufgestellt, von der Bundesregierung beschlossen und Bundestag und Bundesrat vorgelegt.

Haushaltskreislauf

Bezeichnung für das Verfahren, das von der Aufstellung und gesetzlichen Feststellung des Haushaltsplans über dessen Ausführung durch die Verwaltung, die Finanzkontrolle durch den Bundesrechnungshof, die Rechnungslegung bis zur Entlastung der Bundesregierung durch das Parlament reicht.

Runde von „Chefgesprächen“, bei denen der Finanzminister mit seinen Kolleginnen und Kollegen direkt über mögliche Lösungen berät. Schon in diesem Stadium sind auch Hinweise aus dem Kanzleramt wichtig; denn nach der Verfassung bestimmt die Bundeskanzlerin die Richtlinien der Politik. Doch auch der Finanzminister hat eine Sonderstellung. Er muss in alle fachpolitischen Vorhaben eingeschaltet werden, wenn es um Ausgaben geht, und er kann gegen alle Beschlüsse des Bundeskabinetts mit Finanzierungsauswirkungen Widerspruch einlegen.

Sonderrechte bei der Haushaltsaufstellung haben unter anderem Verfassungsorgane, also etwa Bundespräsident, Bundestag oder Bundesverfassungsgericht. Auch ihre Arbeit kostet Geld, doch sind sie natürlich nicht der Bundesregierung unterstellt. Der Finanzminister kann ihre Haushaltsanmeldungen abändern, doch wenn die Betroffenen nicht damit einverstanden sind, muss der Minister deren Stellungnahmen bei der Beschlussfassung im Kabinett und bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs im Bundestag beifügen.

Langfristige Perspektive

Neben dem eigentlichen Haushaltsplan wird ein Finanzplan aufgestellt, der eine Perspektive über das jeweilige

Haushaltsjahr hinaus entwickelt. Er beschreibt die Vorhersagen für die Gesamtwirtschaft über mehrere Jahre hinweg und bettet den aktuellen Haushaltsplan somit in eine mittelfristige Entwicklung ein. Zusätzliche Klarheit ergibt sich aus der Systematik des Haushaltsplanes. Da wird einerseits unterschieden nach den Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Ressorts und obersten Bundesbehörden, andererseits nach den Arten von Einnahmen und Ausgaben, schließlich auch nach den verschiedenen Funktionen. Zudem werden alle Verpflichtungsermächtigungen aufgelistet, also Ausgaben, die erst in künftigen Haushaltsjahren fällig werden – etwa bei der Bestellung von Flugzeugen für die Bundeswehr, die über viele Jahre hinweg geplant und geliefert werden. Auch hier darf die Übersicht natürlich nicht verloren gehen.

Sind alle diese Angaben auf Regierungsseite geklärt, beschließt das Bundeskabinett förmlich über den Entwurf und übersendet ihn zeitgleich an den Bundesrat und den Bundestag. Meistens geschieht dies in den Sommermonaten. Zum Herbst hin beginnt die parlamentarische Beratung. Sie beginnt traditionell mit der Einbringungsrede durch den Finanzminister, an die sich eine erste Runde von Debattenreden anschließt. In den folgenden

Tagen geht es dann um jeden einzelnen Politikbereich. Die Absichten der Regierungsmehrheit müssen sich dabei immer wieder der Kritik und den Gegenentwürfen der Opposition stellen. Eine herausragende Rolle nimmt dabei die Beratung des Kanzleretats ein. Dieser ist zwar einer der kleinsten Einzelpläne, doch weil die Bundeskanzlerin die Richtlinien der Politik bestimmt, konzentriert sich hier auch die Generalaussprache über die Richtung der Regierungspolitik. Am Ende der Aussprache wird der Haushaltsplan zur Detailberatung an die Fachausschüsse überwiesen, die das mehrere tausend Seiten umfassende Zahlenwerk intensiv unter die Lupe nehmen.

Detailarbeit im Ausschuss

Insbesondere der Haushaltsausschuss beschäftigt sich mit jedem einzelnen Haushaltstitel und behandelt dazu viele dutzend, meistens hunderte von Änderungsanträgen. Dazu gibt er am Ende eine Empfehlung ab, über die der Bundestag dann in der zweiten Lesung erneut berät und entscheidet – wieder mit einem Einzelplan hinter dem anderen und in engagierter Auseinandersetzung von Koalitions- und Oppositionsrednern – bevor dann in dritter Lesung der Haushalt als Ganzes zur Beschlussfassung ansteht.

Die Wirklichkeit der Haushaltspolitik spielt sich im Alltag jedoch fließender ab, als es in einer isolierten Darstellung ausgedrückt werden kann. Denn natürlich haben vor allem die für die jeweiligen Ressorts zuständigen Mitglieder des Haushaltsausschusses nicht erst Kontakt mit den Ministerien, wenn der neue Entwurf zur Abstimmung auf dem Tisch liegt. So ergibt sich regelmäßig, dass die Parlamentarier bereits in der Phase vor der Beratung des Haushaltsplanes im Haushaltsausschuss etwa im Rahmen so genannter Berichterstattergespräche auf dessen Gestaltung Einfluss nehmen. Es sieht dann nur so aus, als würde das Parlament viele Punkte der Regierungsvorschläge einfach nur so „durchwinken“. Tatsächlich hat die Regierung durchaus an vielen Punkten vorher erfahren, was der Bundestag für beschlussfähig hält.

Der Haushaltsplan

So liest man den Haushalt

Keine Angst vor vielen Zahlen. Natürlich hat der eigentliche Haushaltsplan als Summe aller Vorhaben des Bundes einen entsprechenden Umfang: rund 3.000 Seiten. Wer sich näher für die Details interessiert, sollte sich davon nicht abhalten lassen. Am besten, er nähert sich über den Finanzplan des Bundes (aktuell der für den Zeitraum 2005 bis 2009) an den eigentlichen Haushalt an. Denn in dem Finanzplan sind die wesentlichen Vorhaben und Entwicklungen schon anschaulich erläutert. Der Haushalt selbst ist dann in mehrere Teile untergliedert, um die Einnahmen und Ausgaben so transparent wie möglich zu machen. Die Aufteilung nach Arten und nach Aufgaben stellen noch den kleinsten Teil dar.

Den meisten Raum nimmt die Darlegung jedes Einzelplanes ein. Im Internetzeitalter lässt sich mit wenigen Klicks schnell zum gewünschten Bereich springen. Eingeleitet wird jeder Plan durch einige einführende Erläuterungen. Es folgt eine Fülle verschiedener Titel. Ein Titel ist die kleinste haushaltsrechtliche Einheit. Zur systematischen Erfassung trägt jeder eine Ordnungsnummer, sodann eine nähere Bezeichnung und den vorgesehenen Betrag. Zum besseren Vergleich sind weitere Ist- und Soll-Zahlen aus anderen Haushaltsjahren angegeben. Bei vielen Titeln folgt zum besseren Verständnis auch noch eine Erläuterung, worin besondere Entwicklungen begründet sind.



Der Bundeshaushalt 2005 im Internet:
www.bmf.bund.de/bundeshaushalt2005/index.html

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) redet vor dem Bundestag.



Blick auf die Regierungsbank im Bundestag: Das Parlament legt fest, was die Fachministerien ausgeben dürfen.





Der Finanzausschuss des Bundestages, zuständig für die Steuerpolitik.

Die Einnahmen des Bundes

Wo das Geld herkommt

Nichts kommt von selbst. Straßen, Schulen, Arbeitslosengeld – alles kostet. Die Mittel muss sich der Staat bei Bürgern, Firmen und Organisationen besorgen. Die oberste Verpflichtung des Parlamentes: Dass es bei den Steuergesetzen so gerecht und nachvollziehbar wie eben möglich zugeht.

Im alten Ägypten maßen so genannte „Nilometer“, wie hoch die Überschwemmung jeweils ausgefallen war. Daraus konnten die „Finanzbeamten“ des Pharaos berechnen, wie hoch die Erträge der Bauern aller Erfahrung nach ausfallen werden, wie hoch also die Abgabepflicht an den Staat sein durfte, ohne den Landwirt zu unter- oder überfordern. Das Prinzip ist geblieben: Besteuert wird nach der individuellen Leistungsfähigkeit. Wer wenig verdient, zahlt wenig. Wer mehr verdient, zahlt mehr.

Daneben hat der Bund zahlreiche Feinjustierungen eingeführt. So steigt zwar weiterhin der Steuersatz, je mehr ein Bürger verdient. Doch sowohl der

Höchst- wie der Eingangsteuersatz ist mehrfach heruntersgesetzt worden. Der eine von 53 auf 42, der andere von 25,9 auf 15 Prozent. Gleichzeitig setzte der Bundesgesetzgeber den Grundfreibetrag, der also völlig steuerfrei bleibt, von 6.322 auf 7.664 Euro hinauf. Hinzu kommen steuerliche Erleichterungen für Verheiratete, für Familien, Alleinerziehende und zahlreiche weitere persönliche Umstände.

Nach der Umsatzsteuer macht die Einkommensteuer den zweitgrößten Anteil unter den Staatseinnahmen aus. Der Bund rechnet daraus im Jahr 2006 mit 57,4 Milliarden Euro Einnahmen, bis zum Jahr 2009 soll der Betrag sogar auf 66 Milliarden Euro ansteigen.

Und das ist nur ein Teil der eingenommenen Einkommensteuer. Denn viele Steuern teilen sich Bund, Länder und Gemeinden. Von der Einkommensteuer gehen beispielsweise je 42,5 Prozent an Bund und Länder und 15 Prozent an die Kommunen. Die Einkommensteuer wird nicht nur auf die klassischen Löhne und Gehälter erhoben. Sie gilt daneben für die sechs weiteren Arten von Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieben, aus selbstständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung und aus sonstigen Einkünften, wozu beispielsweise Renten oder Spekulationsgewinne gehören.

Größter „Brocken“ aus Sicht des Bundes ist die Umsatzsteuer. Sie funktioniert im Prinzip ganz einfach: Diese Steuer begleitet jedes Produkt, ganz gleich, wie oft es weiterverarbeitet oder veredelt wird, bis es vom Endverbraucher gekauft wird. Weil es von Stufe zu Stufe mehr an Wert gewinnt, wird die Steuer auch Mehrwertsteuer genannt. Es gibt sie in drei Stufen: Zum vollen Satz (16 Prozent Aufschlag auf den Nettopreis/ab 2007 sind es 19 Prozent), zum ermäßigten Satz (sieben Prozent) zum Beispiel für Bücher oder Kunstgegenstände und zum Nullsatz, etwa für Briefmarken. Lebensmittel sind an die Verzehrssituation geknüpft. Deshalb wird in den Schnellrestaurants auch stets gefragt: „Wollen Sie es mitnehmen oder hier essen?“ Mitnehmen bedeutet ermäßigter, vor Ort verzehren voller Steuersatz.

Der Verbraucher merkt es in der Regel nur bei einem genauen Blick auf die Quittung, der Staat kann davon einen guten Teil seiner Aufgaben erfüllen. Allein beim Bund, der gut die Hälfte aus der Umsatzsteuer erhält, werden für das Jahr 2006 fast 75,5 Milliarden Euro daraus erwartet, für das Jahr 2009 sogar 76,8 Milliarden.

Am Beispiel der Umsatzsteuer lässt sich auch die enorme Veränderung verdeutlichen, die einzelne Steuerarten durchmachen. Im Jahr 1968 lag der Satz bei zehn Prozent; die Gesamteinnahmen aus der Umsatzsteuer beliefen sich auf umgerechnet 13 Milliarden Euro, binnen drei Jahrzehnten stieg der Satz auf 16 Prozent, der Ertrag verzehnfachte sich auf 137 Milliarden. Entsprechend macht die Umsatzsteuer nicht mehr nur ein Fünftel, sondern inzwischen

schon ein Drittel der gesamten Steuereinnahmen aus.

Drittgrößter Posten bei den Steuereinnahmen ist für den Bund die Mineralölsteuer (rund 40 Milliarden/abzüglich gut sieben Milliarden Länderbeteiligung). Der Bundesanteil an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag, vom Zinsabschlag und an der Körperschaftsteuer fällt mit 16 bis 18 Milliarden ebenfalls noch deutlich ins Gewicht, dicht gefolgt von gut 14 Milliarden Euro aus der Tabaksteuer. Überaus nennenswert sind daneben die Stromsteuer mit knapp sieben Milliarden für den Bund und die Branntweinsteuer mit 2,2 Milliarden.

Regulierungsinstrument

Die Steuerschätzer dürfen nie vergessen, dass Steuern auch das Verhalten der Bürger lenken. Häufig setzt der Staat die Steuerschraube ein, um anderes zu bewirken als nur mehr Einnahmen. So freute sich die Gesundheitsministerin über eine wachsende Nichtraucherquote in der Folge höherer Tabaksteuer und die Drogenbeauftragte über einen sprunghaft wachsenden Konsumverzicht von Jugendlichen bei den so genannten Alcopops durch eine drastische Besteuerung. Eine Doppelstrategie verfolgte der Staat mit der so genannten Ökosteuer: Die Einnahmen sollten dazu verwendet werden, die Beiträge zur Rentenversicherung zu stabilisieren, gleichzeitig sollte die höhere Belastung von Energieverbrauch zu einem umweltbewussteren Umgang mit dem knappen Gut anregen oder zum Umsteigen auf erneuerbare Energien anregen, die von der Ökosteuer befreit blieben.

In den ersten 50 Jahren der deutschen Nachkriegsgeschichte finanzierte sich der Bund mehr aus direkten Steuern (wie der Einkommensteuer) als aus indirekten Steuern (wie der Umsatzsteuer). 1950 betrug dieses Verhältnis 50,6:49,4 Prozent (5,3 zu 5,2 Milliarden Euro). 1989 war das Verhältnis auf 59,5:40,5 Prozent (159,5 zu 121,6 Milliarden Euro) auseinander gedriftet. Seit dem Jahr 2001 hat sich das Verhältnis umgekehrt, 2006 liegt es bei 48,4 zu 51,6 Prozent (221,5 zu 236 Milliarden Euro/geschätzt).

Zu weiteren Einnahmen des Bundes gehört zum Beispiel der Bundesbankgewinn, der 2004 im Umfang von 676 Millionen Euro an den Bund abgeführt wurde. Bis 2009 werden daraus jährlich rund drei Milliarden erwartet. Mit knapp fünf Milliarden werden die Einnahmen aus Gebühren und Entgelten, wie zum Beispiel der Lkw-Maut, kalkuliert. Hinzu kommen unter anderem Gewinne aus Beteiligungen des Bundes, Erlöse aus dem Verkauf von Bundesbesitz und Zuweisungen und Zuschüsse, so dass sich die gesamten „sonstigen Einnahmen“ auf 30,9 Milliarden belaufen (Schätzung 2006).

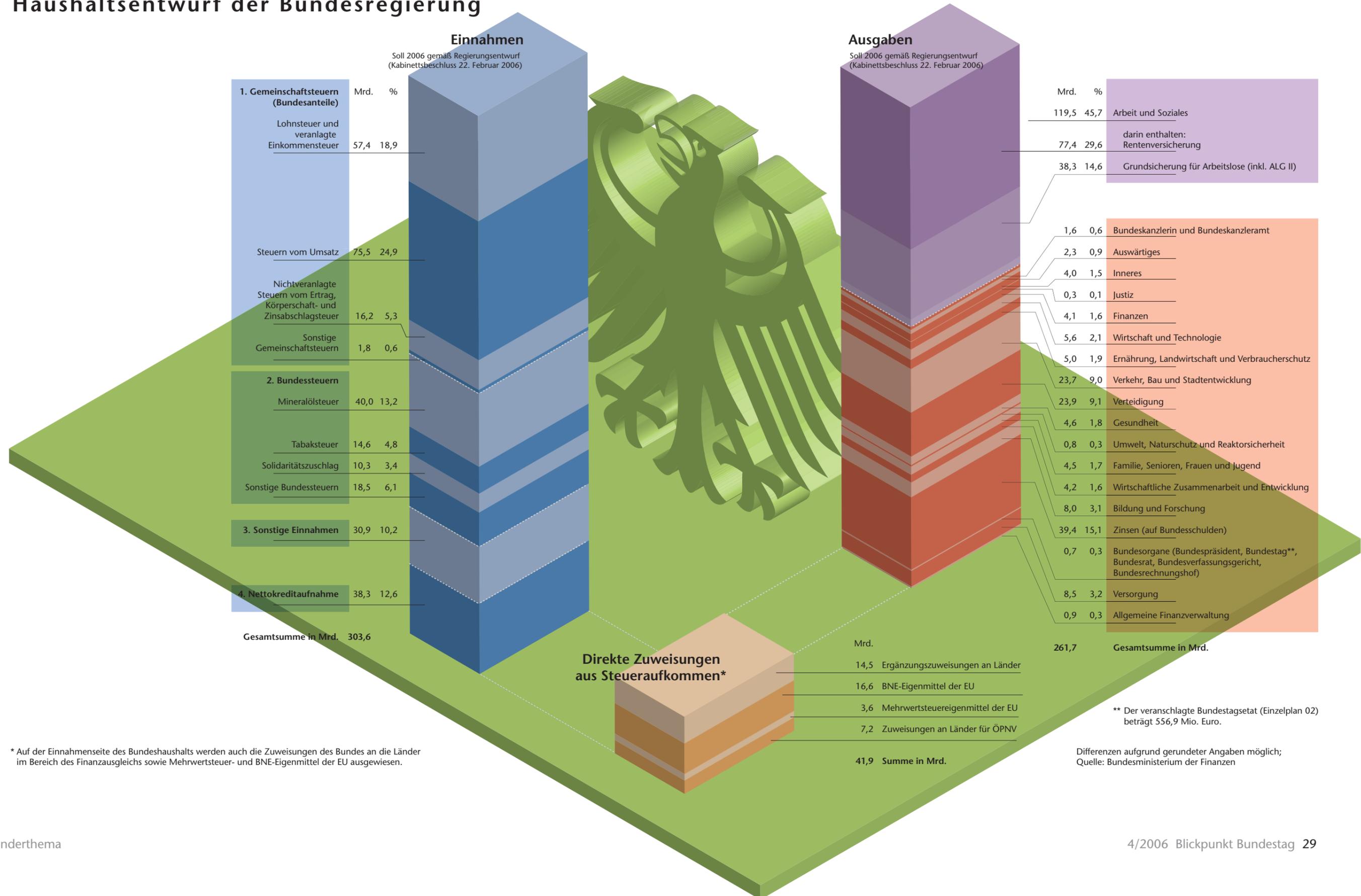
Alles, was dann noch fehlt, um Einnahmen und Ausgaben auszugleichen, muss entweder durch nochmaliges Absenken der Ausgaben, weiteres Drehen an der Steuerschraube oder, wenn man beides nicht kann und will, durch das Aufnehmen neuer Kredite gelöst werden. Aus diesem Grund stieg der Umfang der Verschuldung beim Bund von 719 Milliarden Ende 2002 auf rund 873 Milliarden Ende 2005. Die Länder waren mit zusätzlich 468 Milliarden, die Gemeinden mit zusätzlich 83,5 Milliarden Euro verschuldet.

Die drei größten Einnahmequellen des Bundes: Umsatzsteuer, Einkommensteuer, Mineralölsteuer.



Der Haushalt des Bundes 2006

Haushaltsentwurf der Bundesregierung



* Auf der Einnahmenseite des Bundeshaushalts werden auch die Zuweisungen des Bundes an die Länder im Bereich des Finanzausgleichs sowie Mehrwertsteuer- und BNE-Eigenmittel der EU ausgewiesen.



Die größten Posten im Bundeshaushalt: Bildung und Forschung, Verteidigung, Verkehr, Rente und Grundsicherung für Arbeitslose.

Die Ausgaben des Bundes

Wo das Geld hingehet

Die meisten Ausgaben des Bundes sind durch langfristige Verpflichtungen bereits lange vor der Aufstellung eines Haushaltsplanes festgelegt. Der Spielraum ist deutlich kleiner, als es sich der Außenstehende vorzustellen vermag – und die Ausgaben werden auch ganz anders verteilt, als es landläufigen Klischees entspricht.

Hartnäckig hält sich die Vorstellung, der Steuerzahler müsse vor allem für die teure Bundeswehr und ein Heer von Beamten aufkommen; das Soziale komme dahinter zu kurz. Ein Blick in die aktuellen Haushaltspläne spricht eine gänzlich andere Sprache. Denn jeder zweite Euro wird für die soziale Sicherung ausgegeben (2006: 134 Milliarden Euro), gerade einmal neun Prozent für die Verteidigung (2006: 24 Milliarden Euro). Der Anteil der Personalausgaben am Gesamthaushalt sinkt zudem ständig. 1992 betrug er noch 12,1 Prozent, 2006 waren es 10,0 Prozent, und bis 2009 soll er auf 9,5 Prozent sinken. In Beschäftigtenzahlen ausgedrückt

kommt die ganze Wucht des Einsparvolumens zum Ausdruck: Vom Spitzenwert des Stellenbestandes im Jahr 1992 mit 381.000 Planstellen ging es bis zum Jahr 2001 auf 300.000 Planstellen herunter und war im Jahr 2006 bei 270.000 Stellen angekommen – mehr als jede vierte Stelle ist also weggefallen.

Das mit großem Abstand meiste Geld fließt in die Rentenversicherung: Über 77 Milliarden Euro macht hier der jährliche Bundeszuschuss aus; er wird nach dem aktuellen Finanzplan bis zum Jahr 2009 auf 79,6 Milliarden Euro steigen. Auf Platz zwei der Bundesausgaben steht (noch) die Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Hierfür sind im Jahr 2006 insgesamt 38,3 Milliarden Euro vorgesehen, wovon das Arbeitslosengeld II mit 24,4 Milliarden Euro zu Buche schlägt. Die Bundesregierung geht davon aus, dass sich die Zahl der Arbeitslosen von 4,8 Millionen im Jahr 2005 bis zum Jahr 2009 kontinuierlich auf 3,95 Millionen verringern würde.

Wachsende Zinsbelastung

Aber nicht nur aus diesem Grund werden sich ab dem Jahr 2007 die Zinsausgaben den zweiten Platz der Bundesausgaben erobern. Sie sollen nach Plan von 39,4 Milliarden Euro im Jahr 2006 auf 42,7 Milliarden Euro im

Jahr 2009 steigen. Doch das bedeutet bereits eine deutliche Verbesserung gegenüber der ursprünglichen Planung. Denn zunächst war mit deutlich höheren Zinssätzen kalkuliert worden. Dennoch nimmt die wachsende Zinsbelastung immer mehr Gestaltungsspielraum weg. Im Jahr 1969 musste der Bund umgerechnet noch 1,1 Milliarden Euro für Zinsausgaben vorsehen. 1980 waren es bereits 7,1 Milliarden Euro, ein Jahrzehnt später 17,5 Milliarden Euro und um die Jahrtausendwende 26,5 Milliarden Euro. Damit wird deutlich, wie notwendig das Runterfahren der jährlichen Neuverschuldung ist: Sie soll im Jahr 2007 auf 22 Milliarden und bis 2009 auf 20 Milliarden Euro sinken.

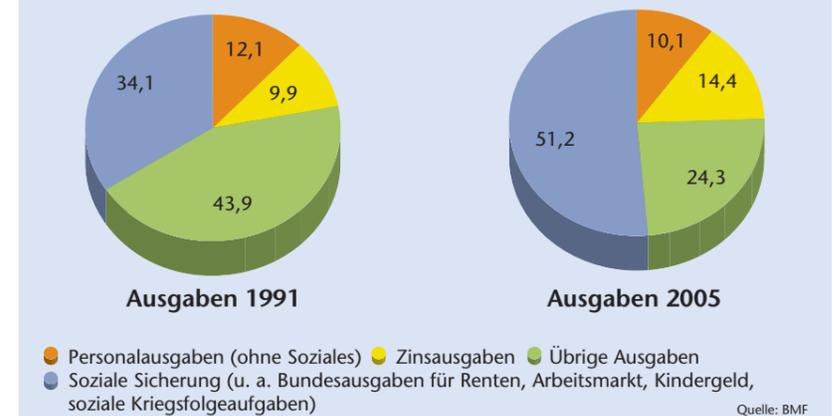
Wie die Manövriermasse im Laufe der Zeit immer weiter abgenommen hat, zeigt auch ein weiterer Vergleich. Im Jahr 1991 machten die Personalausgaben 12,1 Prozent, die Zinsausgaben 9,9 Prozent und die soziale Sicherung 34,1 Prozent der Haushaltsstruktur des Bundes aus. Es blieben also 43,9 Prozent für alle übrigen Ausgaben. Knapp anderthalb Jahrzehnte später erforderten die Personalausgaben 9,1 Prozent, die Zinsausgaben 14,4 Prozent und die soziale Sicherung 51,2 Prozent. Übrig blieben also für alles andere nur noch 24,3 Prozent. Von 43,9 auf 24,3 – das vermittelt einen Eindruck von den Problemen, unter diesen Vorgaben Politik noch gestalten zu können.

Gestaltung und Investition

Dennoch tut es der Bund, wie ein Blick in einige Einzelpläne zeigt. Insgesamt 25 Milliarden Euro sollen zusätzlich von 2006 bis 2009 das Wachstum

Entwicklung der Ausgabenstruktur im Bundeshaushalt

Vergleich zwischen 1991 und 2005 in Prozent



stimulieren. Im Rahmen dessen sollen etwa zusätzlich sechs Milliarden Euro für besonders zukunftssträchtige Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Verfügung gestellt werden. Rund 9,4 Milliarden zusätzlich sind für den Mittelstand und die allgemeine Belebung der Wirtschaft vorgesehen, 4,3 Milliarden mehr fließen in die Verkehrsinvestitionen, drei Milliarden extra in die Familienförderung; auch der private Haushalt soll als Arbeitgeber stärker hervortreten. Zu den größeren Etats gehören außer der Verteidigung (9,1 Prozent aller Ausgaben) der Bereich Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (9,0 Prozent), Bildung und Forschung (3,1 Prozent), Wirtschaft und Technologie (2,1 Prozent), Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (1,9 Prozent), Gesundheit (1,8 Prozent) und Familie (1,7 Prozent).

Ein anderes Beispiel: die Entwicklungszusammenarbeit. Die Fraktionen

des Bundestages sind sich einig, dass größere Anstrengungen nötig sind, um die Ursachen von Flucht und Vertreibung zu bekämpfen. Dazu gehört unter anderem, die seit vielen Jahren verabredeten staatlichen Entwicklungsleistungen zu erfüllen. Von 0,33 Prozent des Bruttonationaleinkommens soll die Quote bis zum Jahr 2010 auf 0,51 Prozent steigen und bis zum Jahr 2015 auf 0,7 Prozent. Neben höheren Haushaltsmitteln gehört dazu auch eine Politik der Schuldenerlasse.

Die Investitionen des Bundes betragen jährlich mehr als 23 Milliarden Euro. Die „Top Ten“ im Jahr 2006 lauteten: Bundesfernstraßen (4,9 Milliarden Euro), Eisenbahnen (3,5 Milliarden), Entwicklungshilfe (3,1 Milliarden), kommunaler Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (1,7 Milliarden), Gewährleistungen (1,4 Milliarden), Bildung und Forschung (1,4 Milliarden), Hochschulbau (900 Millionen), Wohnungsbau (800 Millionen) und regionale Wirtschaftsstruktur (700 Millionen).

Daneben ist jedoch stets die Konsolidierung als oberste Richtschnur zu sehen. Nach den jüngsten Schätzungen verändert sich das Verhältnis zwischen Arbeit und Versorgung dramatisch: Derzeit kommen auf 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter weniger als 30, die 65 Jahre und älter sind. Im Jahr 2050 könnten es mehr als 50 sein. Das wird auch den Bundeshaushalt massiv verändern.

Der Haushaltsausschuss des Bundestages, zuständig für die Ausgaben des Bundes.





Sitzung des Haushaltsausschusses.

So arbeitet der Haushaltsausschuss Skeptiker mit spitzem Bleistift

Im Grunde ist beim Haushaltsausschuss alles so einfach wie beim Fußball. Das Runde muss ins Eckige. Viele tausend einzelne Regelungen müssen eine runde Sache ergeben, damit sie als mehrere Aktenordner starke Anlage zum Haushaltsgesetz eine erfolgreiche Politik ermöglichen. Dabei kommt es auf die Arbeit jedes einzelnen Abgeordneten und seiner Mitarbeiter an. Mehr als in anderen Gremien des Bundestages verstehen sich die Mitglieder des Haushaltsausschusses als Teamspieler.

Anders als in einem Team, bei dem sich jeder auf den anderen verlassen kann, ist die riesige Fülle überhaupt nicht zu bewältigen. Zu jedem Einzelplan werden Berichtserstatterinnen und Berichtserstatter benannt, die alle dieses Ressort betreffenden Fragen schon im Vorfeld zu klären versuchen. Jeweils einer ist für den Ausschuss der federführende Berichtserstatter, der sich mit seinen Kolleginnen und Kollegen, die sich aus

den anderen Fraktionen um diesen Teilbereich kümmern, koordiniert, sich mit den Zuständigen aus dem jeweiligen Ministerium zusammensetzt und Titel für Titel durchgeht. Traditionell kommen alle Punkte, über die sich die Experten aus den Koalitions- und Oppositionsfraktionen einig sind, auf grünes Papier und gelten damit als beschlossen. Alle strittigen Titel kommen auf weißes Papier werden im Ausschuss aufgerufen, beraten und

beschlossen oder bei Uneinigkeit weiter zurückgestellt und erst am letzten Tag der Haushaltsberatungen, bei der so genannten „Bereinigungssitzung“, einer Einigung oder einer Mehrheitsentscheidung zugeführt.

Wie sieht das Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit aus? Natürlich spiegelt die Ausschussbesetzung die Kräfteverhältnisse im Plenum wider. Aber kann die Opposition nur zuschauen, wie die Koalition die Dinge

gestaltet? Steffen Kampeter, Unionsprecher im Haushaltsausschuss, kennt das Gremium noch aus Zeiten der christlich-liberalen Regierung unter Kohl, war dann Oppositionsabgeordneter während der rot-grünen Regierung und ist nun wieder Mehrheitspolitiker. Und doch hat sich für ihn in den wechselnden Rollen „nicht viel geändert“. Seine Erklärung: „Der Haushaltsausschuss hat eine parteiübergreifend solide Skepsis gegenüber den Regierungsentwürfen.“ Das Gremium versuche stets, die Ausgabenvorschläge und Einnahmenvorstellungen der Regierung kritisch zu überprüfen. „Das Gremium ist immer wie ein galisches Dorf, ein Stück weit Opposition gegenüber der Exekutive.“ Das sei der grundgesetzliche Auftrag. Es gehe um „das Hoheitsrecht, dass das Parlament entscheidet, wofür die Exekutive das Geld ausgibt“. Daneben sei es klar, dass es verschiedene Rollen gebe: „Wenn man regiert, begleitet man kritisch-konstruktiv, wenn man Opposition ist, kann man unabgestimmt noch viel kritischer sein.“

Gemeinsame Anliegen

Anja Hajduk, Obfrau von Bündnis 90/Die Grünen im Haushaltsausschuss, ist von Koalitions- zur Oppositionsabgeordneten geworden. Für sie bedeutet der Wechsel weniger Koordinationsaufwand, aber auch weniger Gestaltungskraft. Bis zum Regierungswechsel musste ihre Fraktion ihre Vorstellungen in weiteren Verhandlungen beim Koalitionspartner SPD durchsetzen. Wenn das gelungen war, „dann hat das auch stattgefunden“. Ein anderer Aspekt, der auf die heimliche Macht des Haushaltsausschusses verweist: „Wenn Regierungsfaktionen etwas ändern wollen, machen sie das in der Regel so, dass sie dem Minister vorher einen Wink geben.“ Dann steht das, was die Parlamentsmehrheit will, schon im Regierungsentwurf drin und muss nicht erst im Beratungsverfahren geändert werden.

Aber auch die Opposition hat heimliche Macht. Wenn die Abgeordneten der Minderheit die Abgeordneten der Mehrheit davon überzeugen können, dass in einzelnen Punkten andere Ansätze besser wären, dann

findet das immer wieder Eingang in den gemeinsam getragenen Änderungskatalog. Zum Beispiel? Gesine Löttsch, Obfrau der Fraktion Die Linke im Haushaltsausschuss, winkt ab: „Das Problem mit den Beispielen ist es ja, dass sie sofort verbrannt sind, wenn man sie in die Öffentlichkeit bringt.“ Wer sich aus der Opposition heraus mit seinen Vorstellungen im Ausschuss durchsetzt, tut gut daran, dafür nicht zu viel Reklame zu machen. Das sei zwar persönlich schade, mache aber politisch Spaß: „Man kann zwar nicht die Milliardenbeträge hin- und herschieben, aber man kann an einigen Stellen sehr konkret etwas bewegen.“

Carsten Schneider, Obmann der SPD, kann dies nur bestätigen. Es sei natürlich immer schwierig, als Regierung mit großer medialer Begleitung auf die Opposition einzuschwenken. In den großen Linien der Politik sei dies auch überhaupt nicht nötig. Aber natürlich höre ein Berichtserstatter der Koalition immer genau darauf, was die Kollegen der Opposition zu sagen hätten. Wenn der informell zu ihm komme, ihn überzeuge und ihm die Möglichkeit gebe, aus dem Vorschlag ein gemeinsames Anliegen zu machen, „dann ist das immer möglich“.

Für die Zusammenarbeit im Ausschuss wie auch für die Koordination mit den Fraktionen haben die Obleute eine entscheidende Funktion. „Wir sind das organisatorische Rückgrat“, beschreibt FDP-Obfrau Ulrike Flach die Rolle. In den Runden der Obleute versuche man, Probleme bereits im Vorfeld abzufangen. Ihren Fraktionen wiederum erstatten die Obleute

Bericht über den Fortgang der Arbeit. Auch Flach sieht die Opposition im Haushaltsausschuss nicht ohne Chance, eigene politische Vorstellungen umzusetzen. Nicht einfach sei es allerdings, gegen das mediale Übergewicht der Großkoalitionäre anzukommen: „Da muss man dann manchmal einfach schneller sein und darf sich vor allem den Schneid nicht abkaufen lassen.“

Kontakt zu den Ministerien

Mehr als für die Opposition gehört der Kontakt mit der Regierung für die Koalition zur Routine, wie Schneider erläutert. Er spricht nicht nur mit dem Minister und den Staatssekretären der Ministerien. Die Berichtserstatter suchten auch den Kontakt zu den Abteilungsleitern, Unterabteilungsleitern und oft auch zu den Referenten. So lerne man die gegenseitigen Vorstellungen genau kennen. Und jeder Regierungsmitarbeiter wisse sehr genau: Was der Bundestag will, kann er jederzeit in den Haushalt hineinschreiben. Warum also so lange warten, bis die Änderung hinterher komme, warum dann nicht vorher „konfliktfrei“ auf die Vorstellungen der Abgeordneten eingehen? Insofern muss an diesem Punkt auch für Schneider das Klischee vom geschwundenen Einfluss des Parlamentes korrigiert werden: „Was von der Exekutive präsentiert wird und vom Parlament übernommen wird, ist vom Parlament im Wesentlichen vorbestimmt worden.“

Wie geht der Haushaltsausschuss mit den gut 6.000 einzelnen Titeln um, die alle gesichtet, betrachtet,

Steffen Kampeter, CDU/CSU.



Carsten Schneider, SPD.



untersucht, beraten, diskutiert und entschieden werden müssen? Zunächst einmal, indem er Sonderrechte in Anspruch nimmt. Als einziger Ausschuss können die Haushälter ohne Sondergenehmigung auch während wichtiger Plenarberatungen tagen und während der sitzungsfreien Zeit zusammenkommen. Sodann hat jedes Ausschussmitglied wie die Abgeordneten in anderen Ausschüssen auch sowohl Fachleute aus der eigenen Fraktion als auch Mitarbeiter im eigenen Büro, die ihm zurarbeiten.

Trotzdem schätzt der Ausschussvorsitzende Otto Fricke (FDP) das Personalverhältnis zwischen Haushältern in Regierung und Haushältern im Parlament auf 60 zu eins. Erschwerend sei die Situation für die kleinen Fraktionen. Während sich bei Union und SPD jedes Mitglied auf ein oder zwei Einzelpläne konzentrieren könne, müsse sich in der Opposition jeder Abgeordnete um vier bis fünf kümmern.

Hilfreich ist das Gespür der Haushälter für heikle Punkte, wie Lötzsich berichtet: „Wir sind uns schnell einig, dass wir als Ausschuss genauer hinschauen, wenn ein Ministerium umgebildet wird. Da erscheinen dann auf der Leitungsebene ungeheuer viele Häuptlinge, und diejenigen, die man als Indianer bezeichnet, werden gerne weggekürzt. Wir achten stets gemeinsam darauf, dass sich neue Minister nicht zu viel neues Personal unter den Nagel reißen.“

Hajduk unterstreicht das ausgeprägte Informationsrecht des Haushaltsausschusses. Zu jedem Ministeriumseinzelplan gebe es für die

Haushälter noch einmal einen dicken Aktenordner mit zusätzlichen Erläuterungen, und außerdem stünden die Regierungsexperten jederzeit für detaillierte Nachfragen zur Verfügung. Der Haushaltsausschuss wird auf diese Weise zu einem „Schlüsselgremium“ für das gesamte Parlament. Gerade Haushälter aus der Opposition erfahren hier mitunter mehr aus den einzelnen Ministerien als die eigentlich zuständigen Fachpolitiker ihrer Fraktion. Deshalb sind Haushälter immer auch Informationsquelle für andere Gremien der Fraktion.

Regelmäßige Marathonsitzungen

Umgekehrt haben die Haushälter zusätzliche Koordinationsaufgaben, müssen mit darauf achten, dass die Außendarstellung der eigenen Fraktion stimmig ist, dass nicht die einen etwas fordern, das die anderen für nicht finanzierbar halten. Das bedeutet, wie Schneider weiß, natürlich auch, dass „Haushaltspolitiker nicht besonders beliebt sind“. Der Haushaltsausschuss sei begehrt, da wollten alle rein, „aber wenn man als Haushälter nicht ausgetrickst, sondern geachtet wird, dann ist das schon in Ordnung“. Kampeter sieht das genauso. Er hat von Exfinanzminister Theo Waigel gelernt: „Ein Finanzminister, der beliebt ist, ist meistens pleite.“

Die Sonderstellung der Haushälter schlägt sich auch auf den internen Umgang miteinander nieder. „Kameradschaftlich“, sagt Kampeter zum Klima im Ausschuss. „So gut, dass wir uns schnell wieder vertragen, wenn

wir uns mal die Köpfe eingerannt haben“, sagt Fricke. „Hervorragend, fast alle sind per Du miteinander“, lautet Schneiders Urteil. „Sehr kollegial, wir schätzen gegenseitig, wenn einer in der Sache vernünftig argumentiert“, unterstreicht Hajduk. Und auch Lötzsich lobt „den kollegialen Umgang untereinander“.

Ein Umstand, auf den sich auch die Bundesminister einstellen. Zu den „Anfängerfehlern“ von Kabinettsneulingen kann es gehören, den Haushaltsausschuss zu unterschätzen. Das rächt sich zuweilen. Zumal Mehrheit wie Minderheit im Ausschuss auf den Respekt der Exekutive gegenüber dem Parlament achten. Ein Minister, der einmal einen Politiker der eigenen Fraktion im Ausschuss herunterzuputzen meinte, durfte sich beim nächsten Mal bei der Einzelberatung über seinen Etat nicht wundern, warum er wohl stundenlang vor den Ausschusstüren warten musste, bis er endlich an der Reihe war.

Wer regelmäßig Marathonsitzungen von zehn, zwölf und mehr Stunden zu absolvieren hat, der muss zwischendurch auch einmal durchatmen. So hat sich aus Bonner Zeiten ein besonderer „Zufluchtsort“ auch in Berlin etabliert. Ein Registraturraum in der Nachbarschaft des Sitzungssaals ist zur „Papierkneipe“ geworden, wo die Abgeordneten einen Kaffee, einen Saft oder auch mal ein Bier zusammen trinken und wo sich politische Verwerfungen persönlich glätten lassen. Das Kanzleramt hat für den Raum eine Espressomaschine spendiert. Aus eigenem Interesse. Text: Gregor Mayntz

Ulrike Flach, FDP.



Gesine Lötzsich, Die Linke.



Anja Hajduk, Bündnis 90/Die Grünen.



„Man sollte Mahner und Warner sein“

Otto Fricke (FDP) über seine Aufgaben als Vorsitzender des Haushaltsausschusses, die Tugenden des Haushälters und Entspannung im Sitzungsmarathon

Blickpunkt Bundestag: Das Budgetrecht ist das Königsrecht des Parlamentes. Haben Sie als Haushaltsausschuss-Vorsitzender also „die Krone“ auf?

Otto Fricke: Nein, der gesamte Ausschuss hat die Krone auf. Wenn Sie so wollen, bin ich der Hofmarschall, der dafür sorgt, dass alles gut funktioniert, und zwar als Erster unter Gleichen. Das sind viele Individualisten mit großen Erfahrungen, die ich zu koordinieren versuche.

Blickpunkt: Beim Geld hört die Freundschaft bekanntlich auf. Aber ausgerechnet dort, wo das Geld für die Arbeit der Regierung zur Verfügung gestellt wird, hat ein Oppositionspolitiker das Sagen. Ist das eine besondere Herausforderung für Sie?

Fricke: Das ist eine Herausforderung, die aber meinem Typ entgegenkommt. Ich bin der Meinung, dass man persönliche Angriffe in der Art „die können nicht mit Geld umgehen“ lassen sollte. Stattdessen muss man Fakten bringen. Als Ausschussvorsitzender muss man nicht den Angreifer geben. Man sollte vielleicht Warner und Mahner sein. In der konkreten Führung des Ausschusses halte ich mich eigentlich grundsätzlich zurück – es sei denn, es ist ein Punkt erreicht, an dem ich ganz besonders das Recht des Haushaltsausschusses gegenüber der Regierung wahren muss. Das kann ein Oppositioneller besser als ein Abgeordneter der Regierungskoalition.

Blickpunkt: Worin unterscheiden sich Haushälter von anderen Politikern?

Fricke: Einem US-Diplomaten gegenüber habe ich mich einmal in meiner Funktion vorgestellt. Seine Reaktion war: „Oh, Sie müssen ein Masochist sein!“ Da ist etwas Wahres dran. Als Politiker möchte man den Leuten doch dieses und jenes am liebsten einfach geben. Es gab eine Zeit, da ging das sogar. Da sind viele Dinge entstanden, die uns noch heute Leid tun. Aber heute sind die Haushälter in allen Fraktionen diejenigen, die sagen: Halt, stopp, das geht nicht, dafür haben wir kein Geld. Und selbst in der Opposition, die schon mal leichter einen schönen Antrag stellen könnte, da achten wir Haushälter darauf, dass keine Haushaltsluftlochschlösser gebaut werden. Das Problem ist oft das Ressortdenken. Jeder Fachpolitiker denkt, für seinen Bereich müssten andere zurückstehen. Das Wichtigste für den Haushälter: Er muss den Überblick behalten.

Blickpunkt: Rund dreitausend Seiten hat der aktuelle Haushalt. Das dauert bestimmt, bis jeder Posten besprochen ist.

Fricke: Ich erinnere mich an eine Sitzung, die früh am Morgen begann und in der wir erst nachts um halb drei fertig geworden sind.

Blickpunkt: Wie hält man einen solchen Sitzungsmarathon körperlich durch?

Fricke: Indem man auch mal Pausen macht. Es ist ja nicht so, dass alle 41 Ausschussmitglieder permanent da sein müssen. Man muss mal etwas essen, man muss mal etwas trinken, man muss sich auch mal etwas bewegen.



Otto Fricke leitet eine Ausschusssitzung.

Beim Vorsitzenden ist das etwas schwieriger, aber ich verstehe mich sehr gut mit meinem Stellvertreter Herbert Frankenhauser. Das geht schon. Wenn ich eine Pause mache, achte ich darauf, dass ich komplett etwas anderes mache. Zum Beispiel hole ich mir meinen MP3-Player heraus, stecke mir die Kopfhörer ins Ohr und höre gute Musik, die auch schon mal etwas Pfeffer haben darf.

Blickpunkt: Zum Beispiel?

Fricke: Im Moment höre ich Coldplay. Das ist von der Monumentalität des Sounds her sehr schön.



Geschichte des Haushaltsrechts

Parlament und Haushalt – das gehört heute untrennbar zusammen. Staatliches Handeln muss legitimiert sein, und deshalb gilt dies in ganz besonderer Weise für die Verwendung der finanziellen Mittel. Aber das war nicht immer so. Nicht von ungefähr spiegeln sich in der wechselhaften Geschichte um das Budgetrecht Rückschläge und Erfolge des demokratischen Parlamentarismus wider. Ein Rückblick.

Ermächtigungsgesetz

Mit dem Ermächtigungsgesetz liefert der Reichstag auch das Haushaltsrecht dem NS-Regime aus. Allein die Regierung Hitler plant und bewilligt den Etat. In den ersten Jahren werden noch förmliche Haushaltsgesetze verabschiedet und veröffentlicht. Die in der extremen Aufrüstung explodierende Staatsverschuldung wird dann jedoch verschleiert. Das Ende der Nazis besteht nicht nur in einer militärischen Niederlage, einer politischen und moralischen Katastrophe, sondern bedeutet zugleich auch den totalen Staatsbankrott.

Haushaltsreform

Die Haushaltsreform löst die 1922er Reichshaushaltsordnung ab. Die Neuverschuldung wird in der Verfassung auf die Höhe der Investitionen begrenzt – und davon darf künftig nur bei einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts abgewichen werden. Ein fünfjähriger Finanzplan soll auch die Funktion eines Frühwarnsystems übernehmen und die mittelfristigen Einnahme- und Ausgabeperspektiven transparent machen.



1848

1871

1922

1933

1949

1970

1997

Paulskirchenversammlung

Ab 1814 geben sich einige deutsche Länder Verfassungen, die dem in den napoleonischen Befreiungskriegen gewachsenen Wunsch nach mehr Teilhabe an politischen Entscheidungen Rechnung tragen. Aber die Mitwirkung der neuen Volksvertretungen beschränkt sich anfangs vor allem auf die politische Debatte. In den 20er und 30er Jahren erhalten die ersten Landtage Zustimmungsmöglichkeiten bei den Staatsfinanzen. Ein volles parlamentarisches Budgetrecht sieht die Paulskirchenverfassung von 1848/49 zwar vor. Doch mit dem Scheitern dieser Nationalversammlung bleiben auch die im Detail parlamentarisch organisierten Haushaltsregeln zunächst bloße Theorie.

Reichsverfassung

Laut Reichsverfassung muss das Parlament des neuen Staates alle geplanten Einnahmen und Ausgaben vor Beginn des Haushaltsjahres vorgelegt bekommen, darüber beraten und als Gesetz beschließen. Doch die Wechselbeziehungen zwischen dem Reich und Preußen sowie die Zusammensetzung des Reichstages geben Kanzler Bismarck immer wieder Gelegenheiten, im Tauziehen um den Etat am Parlament vorbeizugieren.

Reichshaushaltsordnung

Die Weimarer Verfassung schafft letzte Reste obrigkeitlicher Vorrechte ab und legt das Budgetrecht in die Hand des Reichstages. Die Reichshaushaltsordnung von 1922 wird zur Richtschnur für die deutsche Haushaltstechnik bis in die 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Das Parlament beschließt allein über den Etat, der jährlich vor Beginn des Haushaltsjahres als Gesetz zu verabschiedet ist.

Grundgesetz

Zur Gründung der Bundesrepublik kehrt das Grundgesetz zu den demokratischen Regeln des Haushaltsrechts zurück. Die Reichshaushaltsordnung von 1922 prägt die Aufstellung der Budgets, die allein von den Parlamenten des Bundes und der Länder beschlossen werden. Einnahmen und Ausgaben werden jährlich vor Beginn des Rechnungsjahres eingeplant, müssen ausgeglichen sein und vor allem vom Parlament bewilligt werden.

Wirtschaftlichkeit

In der Wirtschaft bewährte Instrumente, wie etwa Kosten-Leistungs-Rechnung oder mehr Verantwortung für diejenigen, die die Ausgaben bewirken, werden in die Vorschriften zum Bundeshaushalt integriert. Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen bekommen noch größeres Gewicht. In einzelnen Bereichen kann vom Jährlichkeitsprinzip abgewichen werden: Oft werden Restbestände einzelner Etats zum Jahresende schnell noch ausgegeben, weil sie sonst verfallen würden. Dabei kommt die Wirtschaftlichkeit oft zu kurz. Dem soll eine Übertragbarkeit bestimmter Restmittel auf das folgende Jahr entgegenwirken. Aber das Parlament behält alles in der Hand und bestimmt, wo welche Instrumente zum Einsatz kommen.

Infos zum Thema Haushalt



Bundesfinanzministerium

Die Website des Bundesfinanzministeriums bietet vielfältige Informationen über Haushalts- und Finanzpolitik. Dort findet sich etwa ein Überblick über die Ausgaben- und Einnahmeverteilung zwischen Bund und Ländern, die Entstehung des Bundeshaushalts sowie die Grundsätze der Haushaltsführung. Im Volltext im Download gibt es den aktuellen Monatsbericht des BMF sowie viele weitere Broschüren und Informationsangebote.

www.bundesfinanzministerium.de



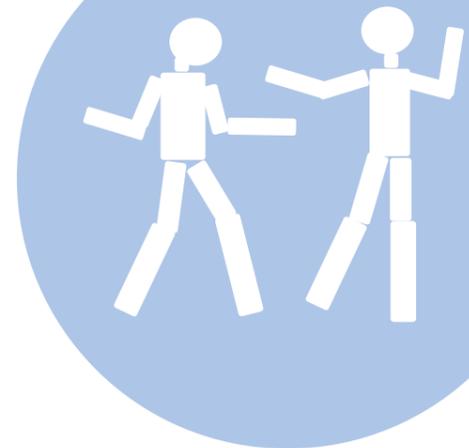
Deutscher Bundestag

Die Website des Deutschen Bundestages informiert ausführlich über die Arbeit des Finanz- und des Haushaltsausschusses. Neben einer generellen Aufgabenbeschreibung sind unter www.bundestag.de Informationen über die Mitglieder und über die Tagesordnungen bis hin zu Protokollen von Sachverständigenanhörungen zu finden.

www.bundestag.de/ausschuesse

Countdown: Jugendmedientage 2006

„Murphys Gesetz“ ein Schnippchen schlagen



Vom 18. bis zum 21. Mai finden im Deutschen Bundestag die Jugendmedientage 2006 mit rund 600 Jugendlichen statt. Die Organisation des Mammut-events haben die jungen Medienmacherinnen und Medienmacher selbst in die Hand genommen. Und dabei schnell erkannt, dass in jeder Schwierigkeit auch eine Möglichkeit steckt.

Text: Kathrin Gerlof,
Fotos: studio kohlmeier





Silvio Heinze.



Marlena Köpke, Ory D. Laserstein, Björn Richter und Silvio Heinze proben den Ernstfall. Rein theoretisch. Aber wenn hier und heute alles aufgeht, wird die Welt sich im Mai so drehen, wie man es jetzt plant. „Gestern sind noch 95 Anmeldungen gekommen“, sagt Björn, „allerdings sind ein paar Doppelmeldungen dabei und manche haben keinen Bewerbungsbeitrag geschickt. Denkt Ihr an die Schulbefreiungen? Und Ory, können wir die Aufgabenverteilung des Orgateams noch mal kurz durchgehen?“

Ein Küchentisch dient als Probebühne für die vier Tage im Mai, an denen sich 600 junge Medienmacher und Medienmacherinnen im Deutschen Bundestag zu den Jugendmedientagen 2006 treffen. Veranstalter des Ereignisses sind die Jugendpresse Deutschland e.V., der Deutsche Bundestag und die Bundeszentrale für politische Bildung. Besagter Küchentisch steht im Berliner Büro der Jugendpresse Deutschland. Die vier jungen Menschen sind Teil des engeren Organisationsteams, insgesamt arbeiten bundesweit rund 30 Leute an den Vorbereitungen für das Projekt – im Mai vor Ort werden es 90 sein. Sie leiten Teams, betreuen Teilnehmer, machen Pressearbeit, entwickeln Projekte, schreiben Konzepte, entwerfen Briefe, kümmern sich um die Logistik, gestalten die Programme, planen Workshops, Diskussionsrunden, Abendveranstaltungen und den großen Abschluss im Plenarsaal.

Schirmherrin ist Susanne Kastner, Bundestagsvizepräsidentin von der SPD-Fraktion. Sie ist eine Art „Schutzengel“, könnte man sagen. Sie hat sich nicht nur für die Jugendmedientage

stark gemacht, sie hat auch ihre Kolleginnen und Kollegen für dieses Projekt begeistern können. Sie kennt die Jugendpresse Deutschland mittlerweile so lange, dass sie ihnen zutraut und vertraut, diese Mammutveranstaltung vorzubereiten. Natürlich gemeinsam mit ganz vielen anderen Helferinnen und Helfern aus der Bundestagsverwaltung, der Bundeszentrale für politische Bildung und den Bundestagsfraktionen. „Wir fühlen uns bei den Gesprächen mit unserer Vizepräsidentin immer ernst genommen, und das ist eine tolle Erfahrung.“

Politikmüde wachrütteln

Die Jugendmedientage finden zum ersten Mal im Deutschen Bundestag statt. Das hat was mit der vermuteten und vorhandenen Politikmüdigkeit der jungen Generation zu tun. Oder eher damit, dass viele Jugendliche gar nicht erst wach werden für die Politik. So wurde als diesjähriges Motto gewählt: „Jugend & Politik – (k)ein Auslaufmodell?!“. Auf der anderen Seite gibt es viele, die sich schon sehr früh als Reporter, Redakteure oder Fotografen profilieren. Bessere Vermittlerinnen und Vermittler kann man sich nicht wünschen, wenn es darum geht, Interesse bei schon Politikmüden oder noch nicht Politikwachen zu wecken.

Die Jugendmedientage sind ein intellektuell herausfordernder Mutmacher und Wissensvermittler. Und sie bieten die Möglichkeit, Netzwerke zu bilden, denn wann kommt man schon mal mit 599 anderen interessierten, engagierten Jugendlichen zusammen? Und wann lernt man noch einmal in so kurzer Zeit so viele erfahrene Medienleute, Politikerinnen und Politiker kennen?



Ory D. Laserstein.

Seit 2002 gibt es die Jugendmedientage. Jedes Jahr zu einem anderen Thema, in einer anderen Stadt und immer von Jugendlichen selbst organisiert. Das Besondere in diesem Jahr ist der Ort. Der verlangt Höchstleistungen ab und einen siebten Sinn fürs Unwägbar. Am Sonntag vor der wöchentlichen Mittwochsrunde am Küchentisch hatte im Bundestag ein Treffen des erweiterten Organisationsteams stattgefunden. Annette Verheyen, die Referentin der Vizepräsidentin, unterstützt das Orgateam in allem, was der Unterstützung durch den Bundestag bedarf. Sie tut dies gemeinsam mit Erwin Ludwig vom Referat Öffentlichkeitsarbeit, der bereits mehrere Events im Bundestag durchgeführt hat. Die beiden wissen am besten, ob es etwa realistisch ist, allen einen Kuppelbesuch anzupreisen: „Niemals, denn bis die alle mit dem Fahrstuhl oben sind, ist die Zeit rum, die wir haben.“ Sie wissen, wer für das Orgateam während der Tage im Bundestag Arbeitsraum und technische Logistik zur Verfügung stellt. Und sie kennen Murphys Gesetz: Sei auf alles vorbereitet. Denn was schief gehen kann, geht meistens auch schief.

Die sonntägliche Runde im Fraktionssaal macht klar, wie groß der Aufwand und die erforderliche Logistik

wirklich sind und wie viel bereits geleistet wurde. Hier tragen die für einzelne Bereiche Verantwortlichen den Stand der Dinge vor.

Das Orgateam: Wie bekommt man täglich 600 15- bis 25-Jährige aus verschiedenen Quartieren rechtzeitig zu den Veranstaltungen? Wie lange dauert es, sie alle durch die Sicherheitskontrollen im Bundestag zu schleusen? Wann werden Verpflegungspakete verteilt? Dürfen Taschen mit in den Plenarsaal? Sagt man allen noch einmal vorher, dass sie bitte keine Taschenmesser im Rucksack haben sollen? Und wie schafft man es, dass bei der Party am Samstagabend Alkohol nur an über 18-Jährige ausgegeben wird? „Alles, was ihr hier vortragt“, sagt Annette Verheyen, „hört sich gut durchdacht an.“ Der Saal applaudiert. „Aber vergesst nicht Murphys Gesetz. Das gilt auch im Bundestag.“ Der Saal amüsiert sich.

Die Teilnehmerbetreuung: Noch laufen die Bewerbungen, Quartiere sind klar, 32 Teilnehmerbetreuer werden vor Ort sein, die jüngsten werden besonders unter die Fittiche genommen.

Die Pressearbeit: Der Plan für die nächsten Pressemitteilungen steht. Presseecho ist gut.

Björn Richter.



Die inhaltliche Arbeit: Die Themen für 28 Workshops stehen, zwei fehlen noch, die Plenardebatte muss noch fein geplant werden. Die Diskussionsrunden sind klar.

Annette Verheyen fragt und hakt ab und mahnt an und baut auf. Marlena Köpke vom Orgateam sagt später: „Diese Frau ist einfach klasse. Sie hat so einen herrlich trockenen Humor und denkt einfach an alles.“

Unerträgliche Jugend?

Marlena Köpke ist zuständig für die Inhalte der einzelnen Veranstaltungen. Sie ist 21 Jahre alt und in Vorbereitung der Jugendmedientage als Honorarkraft bei der Jugendpresse Deutschland e.V. angestellt. Andere, wie Ory D. Laserstein, arbeiten dort im Rahmen eines freiwilligen sozialen Jahres in der Kultur. Vor einem Jahr hat Marlena ihr Abitur gemacht, später will sie im Medienbereich studieren und arbeiten. Seit 2003 war sie bei allen Jugendmedientagen dabei. „Das heißt, als Mitglied des Organisationsteams habe ich noch nie was vom Programm mitbekommen. Man ist vier Tage fast ohne Schlaf und steht nur unter Hochdruck. Aber es ist ein tolles Gefühl, so etwas mit auf die Beine zu stellen, mit richtig guten Leuten, die einem nicht nur in der Arbeit, sondern überhaupt sympathisch sind.“

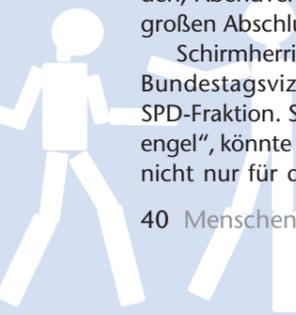
Das Programm, das Marlena, Björn, Ory, Silvio und die anderen vom Team wegen ihrer Aufgaben verpassen werden, stellt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den Vordergrund. Die haben sich mit einem Beitrag – geschrieben, gefilmt, gestaltet – zu ihren Vorstellungen über das Leben in zwanzig Jahren um die Teilnahme

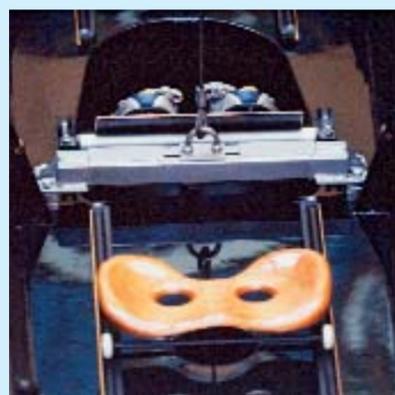
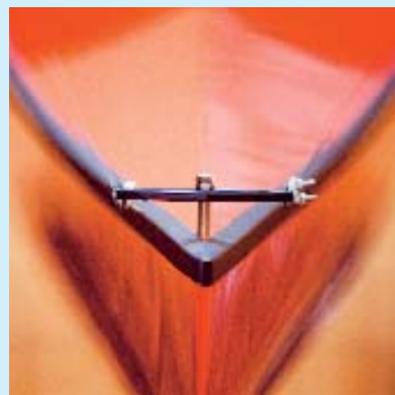
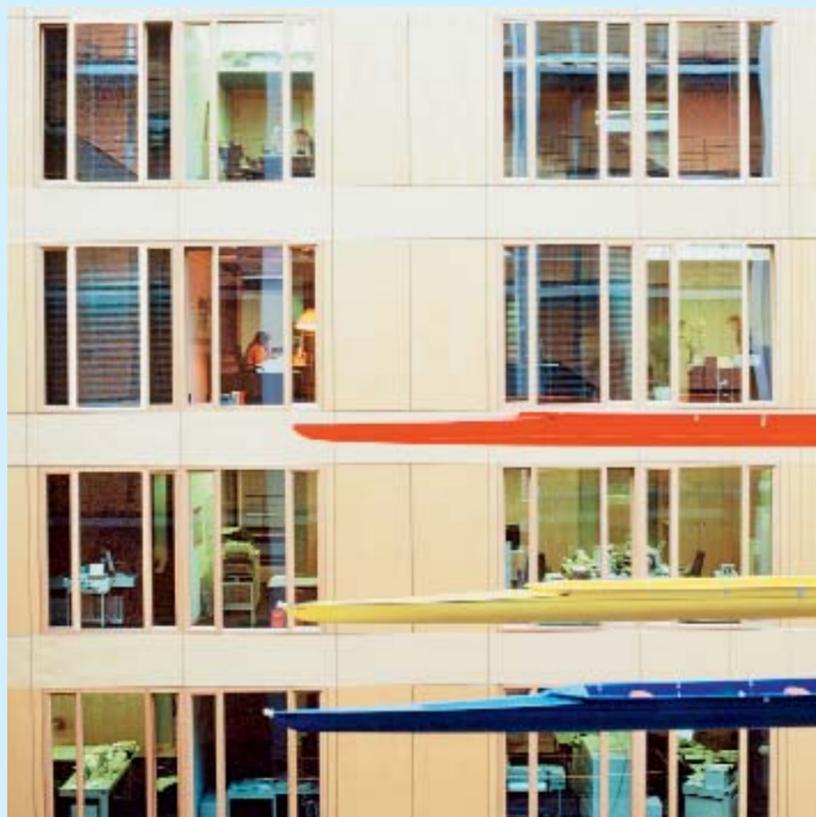
beworben. Wenn sie kommen, werden sie am Abend in der Akademie der Künste durch Mitglieder des Bundestagspräsidiums begrüßt. Danach geht's gleich los mit einem Zukunftsdialog über Politik und Kultur – Günter Wallraff und Christoph Schlingensiefel haben sich angekündigt. Am Freitag werden die Jugendlichen mit Bundestagsabgeordneten und Medienvertretern zusammenkommen, an einer Plenarsitzung teilnehmen, Stipendiaten treffen, Diskussionen besuchen und am Abend bei der Preisverleihung eines Kurzfilmwettbewerbs dabei sein. Der Samstag steht für Symposien zu verschiedensten Themen. Und die Nacht wird dann auch noch zum Tag gemacht. Der Sonntag ist für Rückblicke und Ausblicke, Zusammenfassungen und Pläne da. Dann gibt es einen Film im Plenarsaal und die Diskussion über die Zukunft, danach Mittagessen, Abreise und vielleicht eine After-Show-Party. Wenn die Kraft noch reicht.

Dem Programm-Flyer der Jugendmedientage haben die Macherinnen und Macher einen Spruch von Aristoteles vorangestellt: „... Unsere Jugend ist unerträglich, unverantwortlich und entsetzlich anzusehen.“ Der Mann wird seine Gründe gehabt haben. Die Jugendmedientage sind dafür da, den Gegenbeweis anzutreten.

i Alles zu den Jugendmedientagen vom 18.–21. Mai 2006 im Bundestag: www.jugendmedientage.de

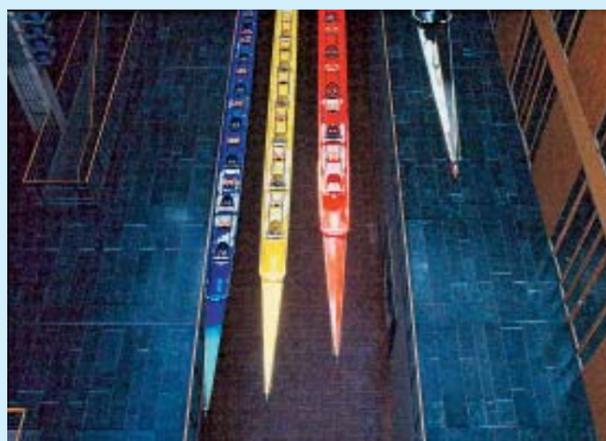
Marlena Köpke.





Luftboote im Jakob-Kaiser-Haus

Text: Kathrin Gerlof,
Fotos: studio kohlemeier



Der Rennachter ist die größte olympisch anerkannte Bootsgattung im Rudersport. Mindestens 17 Meter lang und 93 Kilogramm schwer, sagen die Vorgaben. Ohne Riemen und Zubehör kostet so ein Stück rund 20.000 Euro.

Die vier Rennachter in der Halle des Jakob-Kaiser-Hauses Nummer 1 sind schlecht in Geld und Kilo auszudrücken. Sie sind ein Kunstwerk und machen als solches ihre Sache gut.

Langsam und bedächtig bewegen sich die Ruderboote in den Farben Gelb, Rot, Blau und Schwarz auf und ab. Jedes folgt einem

eigenen, geheimen Rhythmus, unwägbare sind die daraus entstehenden Konstellationen. Betrachter entwickeln den Ehrgeiz, jenen Moment abzapfen, da alle vier Boote auf gleicher Höhe schweben. Von allen Ebenen betrachtet und aus jeder Höhe sind die Rennachter ein Spektakel fürs Auge. Wie ein Bassin ohne Wasser wirkt die Öffnung des Hallenbodens zum unteren Geschoss.

Christiane Möbius hat sich viel gedacht, als sie das Kunstwerk schuf, vor allem stand ihr die Fluss- und Seenlandschaft in und um Berlin vor Augen. Und dann ist da ja noch das traditionelle und gerade zum 152. Mal ausgetragene Achterrennen zwischen den Universitäten Oxford und Cambridge. Ein Wettbewerb unter Gleichen nach demokratischen Spielregeln. Die Rennachter im Jakob-Kaiser-Haus sind also ein Versprechen – und eine Erfüllung zugleich.





Der Schlüssel ist die Sprache: Deutschkurs für Ausländer in Berlin.

Forum: Staatsbürgerschaft und Integration

Willkommen in Deutschland

Seit das Lehrerkollegium der Rütli-Schule im Berliner Bezirk Neukölln in einem Brandbrief um Selbstaflösung bat, ist eine Debatte um Versäumnisse in der Integrationspolitik entbrannt, die weit über rein schulpolitische Probleme hinaus geht. Seither muss die Berliner Hauptschule als Beispiel herhalten für Perspektivlosigkeit, Resignation und gescheiterte Integration von Zuwanderern und ihren Kindern. Der Begriff von der „Restschule“ machte die Runde. Zuvor hatte die Debatte um die Einbürgerungstests Dissens darüber offenbart, welche die wichtigsten Voraussetzungen sind, um in Deutschland heimisch zu werden. Müssen Zuwanderer ihren Integrationswillen beweisen und was müssen Staat und Gesellschaft leisten, um Migranten eine Zukunft zu ermöglichen?

Wie so häufig, wenn über Zuwanderung und Integration debattiert wird, kommt schnell das Reizwort „Multikulturalismus“ ins Spiel: Der bayerische CSU-Ministerpräsident Edmund Stoiber etwa erklärte jüngst die „blauäugige Multikulti-Gesellschaft“ für gescheitert. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU/CSU) will nun Integrationswillen zur Voraussetzung für Einbürgerung machen: Bevor eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis ausgestellt werde, so Schäuble, müsse geprüft werden, ob ein Mensch die Voraussetzungen dafür schaffe, dass seine Kinder die Schule erfolgreich besuchen könnten. Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) hingegen sprach sich gegen Sanktionen für Integrationsverweigerer aus und warnte davor, aus der Diskussion nach den Gewaltvorfällen in der Berliner Rütli-Schule eine Ausländerdebatte zu machen. Noch vor der Sommerpause will die Bundesregierung zu einem Integrationsgipfel rufen, als Auftakt zu mehreren Konferenzen.

Nach Angaben der Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration Maria Böhmer (CDU/CSU) soll es um fünf Themenblöcke gehen: Spracherwerb, berufliche Bildung und Arbeitsmarkt, Frauenrechte, rechtliche Regelungen von Zuwanderung und Integration sowie „Bürgergesellschaft“ als ein vertiefter Dialog der Kulturen.

Uneinheitliche Praxis

Indes wollen sich die Innenminister der Länder auf eine gemeinsame Linie bei den Anforderungen für Einbürgerungswillige verständigen. Seit der Neufassung des Staatsbürgerschaftsrechts vor sechs Jahren werden die Kriterien diskutiert und immer wieder modifiziert. Am 1. Januar 2000 trat das heute geltende Recht in Kraft, das sich statt am „Abstammungsprinzip“ stärker am „Bodenprinzip“ orientiert. Den „Wandel von der Abstammungszur Abstammungsgesellschaft“ nannte das der Historiker Heinrich August Winkler damals. Voraussetzung für einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung war nun, dass jemand seit

acht Jahren im Land lebt, für seinen Lebensunterhalt aufkommt, der deutschen Sprache mächtig ist und sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennt. Bis dahin galt die achtjährige Frist zwar für Ausländer unter 23, ältere mussten 15 Jahre warten.

In den folgenden Jahren passierte, was im föderalen Deutschland mit Gesetzen häufig passiert: Es wurde umgesetzt, aber in jedem Land anders. Während Einbürgerungswillige in Bayern und Baden-Württemberg beim „Postkartentest“ fiktive deutsche Urlaubskarten verfassen müssen, wird in Niedersachsen ein Zeitungsartikel für den Sprachtest verwandt und in anderen Ländern lediglich ein kurzes Gespräch geführt. Noch unterschiedlicher wird das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung gehandhabt. In Berlin reicht eine Unterschrift, in Sachsen muss ein Fragebogen zur Staatskunde ausgefüllt werden: Wie wird der Bundeskanzler gewählt und gibt es Bundesländer oder Kantone?



Integration fordern

Hans-Peter Uhl, CDU/CSU

Die Kapitulation der Berliner Rütli-Hauptschule vor zunehmender Respektlosigkeit und Gewalt durch Schüler aus Zuwandererfamilien zeigt eines überdeutlich: Die von den „Multikulti-Anhängern“ jahrelang betriebene Tabuisierung des Problems der Integrationsunwilligkeit und Abgrenzung von Ausländerfamilien fordert ihren Tribut.

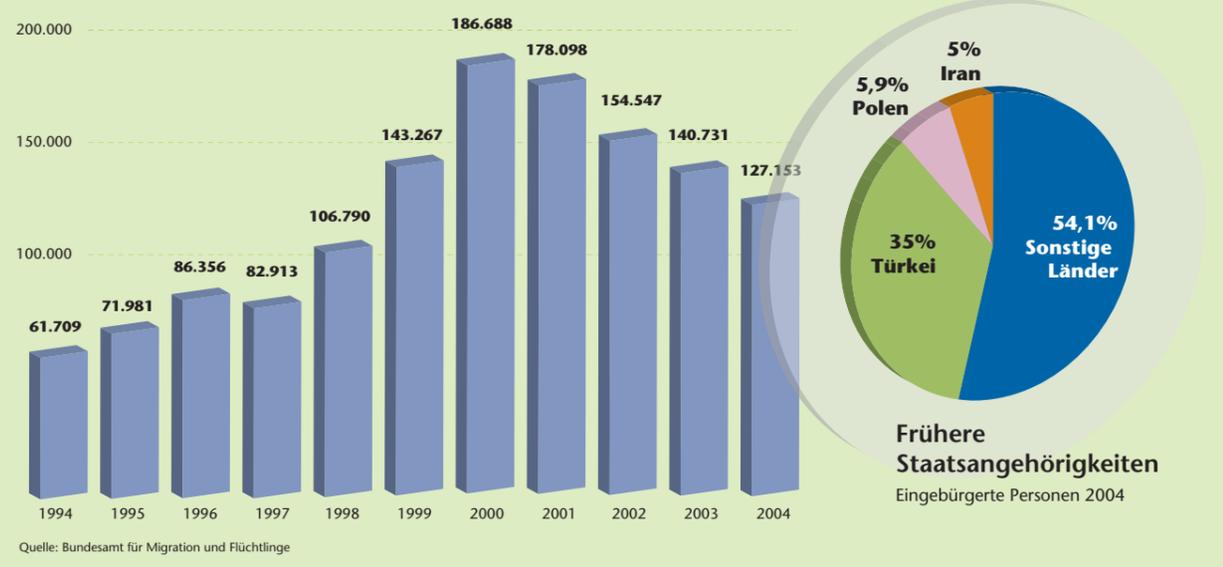
Die seitens CDU/CSU seit Jahrzehnten im Zusammenhang mit den verschiedenen Zuwanderungsdebatten selbstverständliche Forderung, Integration nicht nur zu fördern, sondern vor allem zu fordern, wird nun endlich Grundlage des bevorstehenden Integrationsgipfels im Kanzleramt sein. Wer ein ehrliches Angebot zur Integration unterbreitet, der muss auf der Gegenseite erwarten können, dass Bereitschaft zur Integration auch tatsächlich unter Beweis gestellt wird. Dazu gehört die Teilnahme an Integrationskursen, insbesondere das Erlernen der deutschen Sprache und die Akzeptanz unserer Kultur, unserer Werte und vor allem unserer Rechtsordnung.

42.453 Neuzuwanderer sind im Jahr 2005 zur Kursteilnahme verpflichtet worden, aber nur 24.651 Neuzuwanderer haben die Kurse tatsächlich besucht. Von 18.330 zur Kursteilnahme verpflichteten bereits in Deutschland lebenden Ausländern haben tatsächlich nur 7.945 den Kurs besucht. Wer sich diesen Integrationsangeboten verweigert, muss in Zukunft mit ausländerrechtlichen Konsequenzen rechnen. Wir brauchen die Einführung einer Meldepflicht für Arbeits-, Sozial- und Schulbehörden, die durch ihren regelmäßigen Kontakt zu Ausländern Integrationsdefizite feststellen und der Ausländerbehörde mitteilen müssen. Schuldhaftes Nichtteilnahme am Integrationskurs muss in Zukunft als Ordnungswidrigkeit mit Bußgeld belegt werden: Bei integrationsunwilligen Sozialleistungsempfängern müssen die Leistungen zwingend gekürzt werden, und zwar einheitlich bis zu 30 Prozent.



hans-peter.uhl@bundestag.de
www.uhl-csu.de

Einbürgerungen von Ausländern Zeitraum 1994 bis 2004 (Anzahl der Personen)



Seit Anfang 2006 sind weitere Testvarianten dazugekommen: In Baden-Württemberg müssen Ausländer – allerdings nur aus muslimischen Ländern – in einem Fragebogen ihre demokratische Gesinnung unter

Beweis stellen, und Bayern will künftig nach der Einstellung zu verbotenen oder als extremistisch eingestuften Organisationen fragen. Hessen hat einen Fragebogen mit 100 Punkten vorgelegt – von der

Frage nach drei deutschen Mittelgebirgen bis zum Erkennen der Rügener Kreidefelsen.

Der baden-württembergische und der hessische Vorstoß waren Auslöser für die Innenminister der Länder, einen

gemeinsamen Weg zu suchen. Auch weil die Einbürgerungszahlen so weit auseinander liegen, obwohl es keine Einbürgerung als Berliner, Hesse oder Bayer gibt, sondern nur als Deutscher. Und weil von Bundesinnenminister Schäuble über Kanzlerin Angela Merkel bis in die SPD-Spitze Einigkeit herrscht, dass eine gemeinsame Praxis Sinn macht. Schäuble kündigte an, notfalls eine einheitliche Regelung per Bundesgesetz herstellen zu wollen.

Der Blick ins Ausland zeigt ein ähnlich uneinheitliches Bild wie derzeit in Deutschland: In den USA, wo jedes Jahr eine halbe Million Menschen eingebürgert werden, bekommt der Kandidat zehn aus hundert Fragen gestellt, die ein bunter Mix aus Geschichts-, Staatsrechts- und Gesinnungsfragen sind, und wird zusätzlich auf seine – vermeintliche – Verfassungstreue überprüft. In Australien sind zwar die Zulassungskriterien enorm streng, aber wer es ins Land schafft, wird nach zwei Jahren mit einem kurzen Gespräch eingebürgert. In Europa ist etwa Ire zu werden vergleichsweise

einfach und nach fünf Jahren per „Loyalitätserklärung“ möglich. In Italien ist die Einbürgerung erst nach zehn Jahren machbar und bleibt Ermessenssache. In Schweden fragt ein Test Bräuche und Kultur ab; in Spanien werden Interviews geführt, die ganz kurz, aber auch ganz lang sein können.

Unattraktive Einbürgerung

Welche Einbürgerungspraxis zu guten Integrationsergebnissen führt, ist statistisch nicht nachgewiesen. Viele Experten sind aber der Meinung, dass Einbürgerung an sich ein wünschenswerter und noch zu selten vollzogener Schritt ist. Denn Einbürgerung habe auch etwas damit zu tun, sagt der Migrationsforscher Dieter Oberndörfer, „dass Zuwanderer sich mit Deutschland identifizieren und ihre Leistungen anerkannt fühlen.“ Das geschehe aber nicht, wenn man signalisiere, wer Deutscher werden wolle, solle erst einmal Geschichte und Verfassungsrecht studieren. Auch der Berliner Bevölkerungsforscher Reiner Münz, der seit Jahren dafür plädiert,

die Notwendigkeit von Zuwanderung anzuerkennen, sagt, es sei „immer auch eine Frage des gesellschaftlichen Klimas“, ob Menschen kämen. Und das Zentrum für Türkeistudien in Essen, Gradmesser deutsch-türkischer Befindlichkeiten, warnt, wer sich pauschal verdächtig fühle, lasse sich auch ungern einbürgern. Das Institut registriert seit Jahren einen steten Rückzug in die eigene Gruppe – von deutschen Innenpolitikern auch „Parallelgesellschaft“ genannt – und führt das nicht zuletzt auf die nach dem 11. September 2001 gestiegene Skepsis gegenüber Muslimen zurück.

Tatsächlich will immer noch nur eine Minderheit deutsch werden. Zwei Drittel der 6,7 Millionen Ausländer leben acht Jahre oder länger in Deutschland und erfüllen die für eine Einbürgerung notwendige Aufenthaltsdauer. Ein Drittel wohnt sogar schon länger als 20 Jahre in Deutschland. Jeder Fünfte ist hier geboren. Jeder Vierte und damit mit Abstand die meisten sind Türken. Einwanderer stellen einen immer größeren Teil der



Keine Einbahnstraße

Fritz Rudolf Körper, SPD

Integration ist eine Aufgabe, die von der aufnehmenden Gesellschaft mit den Migrantinnen und Migranten gemeinsam bewältigt werden muss. Bund, Länder und Kommunen müssen dafür die Rahmenbedingungen schaffen. Das im Jahr 2005 in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz hat dafür wichtige Voraussetzungen geschaffen. Besonders über die Integrations- und Sprachkurse liegen nun erste Erfahrungsberichte vor, aus denen die notwendigen Konsequenzen gezogen werden müssen. Sprachkompetenz ist Voraussetzung für Bildung, Ausbildung und Beruf. Sie ist der Schlüssel zur Integration. Dies gilt für die Kinder und Jugendlichen ebenso wie für ihre Eltern. Auch sie müssen ihre Kinder unterstützen, indem sie zum Beispiel für ihren Schulbesuch sorgen. Integration ist keine Einbahnstraße. Sie liegt im Interesse aller Beteiligten, denn Migrantinnen und Migranten sind ein Teil unserer Gesellschaft.

Die notwendige Debatte um die Integration darf nicht nur dann geführt werden, wenn es irgendwo brennt. Der aktuelle Anlass zur Diskussion war der Hilferuf einer Berliner Schule, wo Lehrer vor dem Ausmaß an Gewalt an ihrer Schule kapitulierten. Von einigen Politikern wurden harte ordnungspolitische Forderungen gestellt. Die Vorschläge reichen von Internatsunterbringung extrem aggressiver Schüler bis hin zur Ausweisung. Das sind ungeeignete Mittel, damit werden die Probleme nicht gelöst. Ein Integrationsgipfel ist zu begrüßen. Dieser darf aber nicht dazu führen, dass sich Fachleute aus Praxis, Wissenschaft und Politik gegenseitig erzählen, was sie ohnehin eigentlich schon wissen. Ein solcher Integrationsgipfel darf keine Alibiveranstaltung werden, sondern muss klare Handlungsempfehlungen mit klaren Perspektiven entwickeln, die sofort umgesetzt werden. Nur wer Perspektiven in unserem Land hat, ist bereit, sich zu integrieren.

fritz-rudolf.koerper@bundestag.de
www.koerperspdp.de



Gezielte Sprachförderung

Sibylle Laurischk, FDP

Die Diskussionen und Ereignisse der letzten Zeit zeigen, welches Niveau unsere Integrationspolitik bisher hatte. Die Integration von Zuwanderern in Deutschland leidet unter den Dogmen der Vergangenheit. Zwischen Begriffen wie „Multikulti“ und „Fremdarbeiter“, zwischen „Einwanderungsland“ und „Das-Boot-ist-voll“ bewegt sich die Debatte über den Umgang mit Menschen, die in unserem Land leben wollen. Schlagworte werden der Integrationsaufgabe nicht gerecht. Die Berichte über Chaoszustände an Berliner Schulen alarmieren, Polizeiaufgebote können aber kein Mittel zur Integration sein.

Wir müssen aber erkennen, dass es große Unterschiede im Bildungsniveau von deutschen und Migrantenkinder gibt. Der wichtigste Ansatzpunkt, dies zu ändern, ist das Erlernen der deutschen Sprache. Ohne sie keine Zukunft im Arbeitsmarkt und damit kaum eine Chance auf Integration. Daher müssen wir frühstmöglich auf eine Sprachförderung hinwirken: Verbindliche Sprachstandstests nach dem dritten Lebensjahr, gezielte Fördersysteme bei Defiziten, Hinwirken auf ein kostenfreies letztes Kindergartenjahr wären erste Schritte.

Die beste Förderung läuft aber ins Leere, wenn die Kinder außerhalb des Schulgebäudes kein Deutsch mehr sprechen. Freiwillige Vereinbarungen für Deutsch als Umgangssprache sind zu begrüßen, denn der wichtigste Faktor für das Erlernen einer Sprache ist der Kontakt mit den Muttersprachlern. Aber auch das Elternhaus ist hier gefordert; häufig genug sind die Eltern selbst ein Fall von gescheiterter Integration. Daher müssen die Sprachkurse, die im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes angeboten werden, verbessert werden.

Ein realistischer Blick auf die Integrationsdefizite hilft, entsprechend umzusteuern. Aber Integration erfordert nicht nur willige Zuwanderer, sondern auch eine Gesellschaft, die integrieren will.

sibylle.laurischk@bundestag.de
www.laurischk.de

Gesellschaft. Und zwar nicht, weil immer mehr Ausländer nach Deutschland kommen – tatsächlich sind es immer weniger, 2005 wurde bei Asylbewerbern wie Aussiedlern ein historischer Tiefstand verzeichnet – sondern weil sie im Gegensatz zu den Deutschen Kinder bekommen: Nach Schätzungen wird im Jahre 2010 die Hälfte der Menschen, die in Großstädten leben, einen Migrationshintergrund haben.

Zwar ist die städtische Bevölkerung, wie auch eine Studie des Bundesinnenministeriums belegt, integrationsfreudiger als die im ländlichen Raum. Aber unabhängig vom Lebensumfeld gibt es Faktoren, die die Erfahrung von Dazugehörigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe begrenzen. Wer Ausländer ist und nicht aus der EU stammt, hat nicht die Möglichkeit, durch seine Stimme bei Kommunalwahlen die Umgebung, in der er lebt, mitzugestalten. Fest steht auch, dass die gleichberechtigte Partizipation an den Ressourcen der Gesellschaft für Ausländer in weiter Ferne liegt: Mit

gut 20 Prozent ist die Arbeitslosenquote unter Ausländern doppelt so hoch wie unter Deutschen; ihr Einkommen, so sie eines haben, ist zehn bis 20 Prozent niedriger. Beides liegt nicht zuletzt an der Bildungssituation: Jeder fünfte ausländische Jugendliche verlässt die Schule ohne Abschluss. Dass die Integration von Kindern nichtdeutscher Herkunft in das deutsche Bildungssystem auch in zweiter oder dritter Generation höchst defizitär ist, weiß man in aller Deutlichkeit nicht erst seit den jüngsten Alarmanmeldungen über Problemschulen, an denen Gewalt und Perspektivlosigkeit herrschen, sondern allerspätestens seit den Schulstudien Iglu und Pisa.

Vor nunmehr sechs Jahren galt die unter der rot-grünen Regierung gestartete Greencard-Initiative als Symbol für den Wandel Deutschlands zur Einwanderungsgesellschaft. Sie richtete sich freilich an eine Zielgruppe, die jedes Land gern aufnimmt: Hoch- und Höchstqualifizierte, die sich nicht selten ohnehin aussuchen können, wo sie gern leben möchten.

Die Greencard wurde eingeführt und zum 1. Januar 2005 durch Neueregulungen des Zuwanderungsgesetzes abgelöst. Auch das wirbt um Hochqualifizierte – vorausgesetzt, sie verdienen mehr als 84.000 Euro im Jahr. Dem Ruf der Bundesrepublik folgen die Umworbene aber nur zögerlich: 1.000 dieser Gutverdiener kamen 2005; 2004 waren es immerhin noch 2.300. Wie viele bleiben, wird sich zeigen. Statistisch nämlich, darüber wird allerdings selten geredet, reisen Ausländer nicht nur ein, sondern auch aus. 27 Millionen sind in den vergangenen 50 Jahren nach Deutschland gekommen. Zwanzig Millionen sind wieder gegangen. Text: Jeannette Goddar

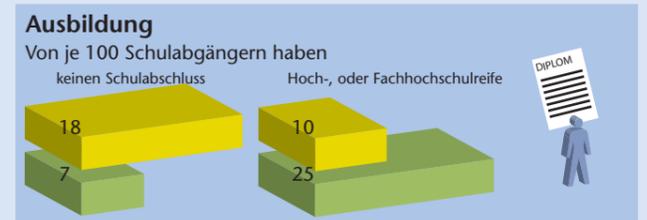
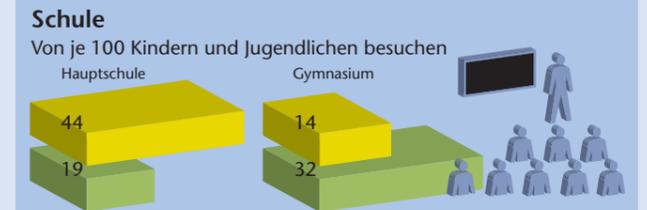
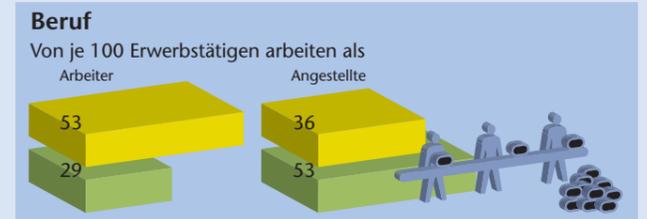
i Statistik und Fakten:

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration www.integrationsbeauftragte.de

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge www.bamf.de

Integrationshindernis soziale Ungleichheit

Unterschiede bei den Lebensverhältnissen zwischen **Ausländern** und **Deutschen**



Quelle: Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Statistisches Bundesamt, BA



Bürgerrechte für alle

Sevim Dagdelen, Die Linke.

Parteienübergreifend werden mittlerweile massive Versäumnisse der Integrationspolitik in der Vergangenheit beklagt. Diese beruhen aber im Wesentlichen auf den jahrzehntelangen Versäumnissen einer staatlichen Politik, die aufgrund ideologischer Borniertheit die Einwanderungssituation in Deutschland leugnete und entsprechend auch alle Anstrengungen unterließ, um diesen Einwanderungsprozess unterstützend zu begleiten, auszugestalten und vorhandene Benachteiligungen zu beseitigen. Genauso blieben auch die spezifischen interkulturellen Fähigkeiten und Möglichkeiten der Menschen mit Migrationshintergrund systematisch ungenutzt. Den Betroffenen nun einseitig mangelnde Sprachkenntnisse oder Integrationswilligkeit und -fähigkeit vorzuhalten oder dies gar als Grund für die Ablehnung einer Einbürgerung werten zu wollen, verbietet sich vor diesem Hintergrund.

Auch in diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass es bei vorhandenen Sprachschwierigkeiten und der Integration in den Arbeitsmarkt und das Bildungswesen von Migranten um ein in erster Linie soziales Problem geht, denn auch deutsche Familien und Kinder aus sozial schwachen Verhältnissen sind hiervon betroffen. Nicht undeutsche, unchristliche und untragbare Kulturen sind die Ursache für Frustration, Verweigerung, Ausgrenzung oder gar Gewalt, sondern soziale Benachteiligungen.

Voraussetzung für erfolgreiche Integrationspolitik ist deshalb die Gewährung voller Bürgerrechte, also die rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier niedergelassenen Menschen. Es ist die aktive Kommunikation und Vermittlung zwischen gleichberechtigten Kulturen. Ein solcher Prozess bietet allen Mitgliedern der Gesellschaft ein friedliches und gemeinschaftliches Zusammenleben.

i sevim.dagdelen@bundestag.de
www.linksfraktion.de



Integration nicht zum Nulltarif

Josef Winkler, Bündnis 90/Die Grünen

Ein überzeugendes Integrationskonzept setzt voraus, dass Ausgrenzungsdebatten beendet werden. Weder ein Muslimtest noch die kürzlich von der Bundesregierung vorgeschlagene verfassungswidrige Beschränkung des Ehegattennachzugs sind geeignete Beiträge hierfür. Ziel der Integration muss vielmehr die Chancengleichheit für Migrantinnen und Migranten bei der Bildung, auf dem Arbeitsmarkt und in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen sein. Instrumente dafür sind Sprachvermittlung, rechtliche Gleichstellung des Islam und Vermittlung unserer Werte in Schule und Integrationskursen. Zugleich müssen wir Ängste in der Bevölkerung ernst nehmen, die sich in der wachsenden Ablehnung alles Fremden ebenso zeigen wie im Wiederaufleben der alten Leitkulturdebatte. Die richtige Antwort lautet allerdings nicht „deutsche Leitkultur qua Gesinnungstest“, sondern „Chancengleichheit durch Anerkennung“.

Ein Kernanliegen des von Rot-Grün initiierten Zuwanderungsgesetzes war die signifikante Verbesserung von Integrationsmöglichkeiten sowohl von Neuzuwanderern als auch von bereits in Deutschland lebenden Ausländern mittels Sprachkursen. Im Jahr 2005 haben nach Auskunft der Bundesregierung vor allem länger in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten diese Integrationskurse besucht. Die Grundannahme von Union und SPD, es brauche mehr Zwang für die Integration, hat sich also nicht bestätigt. Es fehlt aber an einem ausreichenden Angebot, um der Nachfrage nachzukommen.

Integration wird von Schwarz-Rot angeblich groß geschrieben. Gleichwohl sieht der Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2006 eine Kürzung der Mittel für die Integrationskurse um 67 Millionen Euro vor. Dies ist unverantwortlich. Gelungene Integration ist nicht zum Nulltarif zu haben, eine gescheiterte Integrationspolitik allerdings kommt die Gesellschaft teuer zu stehen.

i josef.winkler@bundestag.de
www.josef-winkler.de



D E B A T T E

Ist die Föderalismusreform, die die große Koalition bis zum Herbst verabschieden will, ein Meilenstein für ein modernes Regieren oder ein Rückfall in die Kleinstaaterei? Was bringt sie dem Staat, was dem Bürger?

Darüber diskutieren im Streitgespräch von BLICKPUNKT BUNDESTAG der SPD-Bundestagsabgeordnete Volker Kröning und der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion Ernst Burgbacher. Sie saßen als Obleute ihrer Fraktionen in der Föderalismuskommission des Bundestages.



Streitgespräch: Föderalismusreform

Volker Kröning

Ernst Burgbacher

Großer Wurf oder neue Kleinstaaterei?

Blickpunkt Bundestag: Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber hat die Föderalismusreform zur „Mutter aller Reformen“ hochstilisiert. Teilen Sie, Herr Kröning, diese Sicht? Ist das der große Wurf?

Volker Kröning: Das Wort ist sicher etwas vollmundig. Aber die Verhandlungsführer Franz Müntefering und Edmund Stoiber haben ohne Zweifel eine gute Vereinbarung erzielt. Sprachlich halte ich es mehr mit unserem früheren Bundespräsidenten Roman Herzog, der sehr nüchtern gesagt hat: Das ist besser als nichts.

Blickpunkt: Das klingt relativ bescheiden. Herr Burgbacher, wo liegen aus FDP-Sicht die Stärken der Reform – oder überwiegen die Schwächen?

Ernst Burgbacher: Ich sehe es als positiv an, dass überhaupt etwas in Bewegung kommt in unserem Land. Wir brauchen diese Reform. Ich habe aber immer kritisiert, dass dies zu mutlos angegangen wurde und nun nur ein relativ kleiner Schritt herausgekommen ist, der aber in die richtige Richtung geht. Die großen Themen sind leider ausgenommen worden, zum Beispiel Länderneugliederung und die Reform der Finanzverfassung. Das war und ist ein Geburtsfehler dieser Reform. Dennoch wird die FDP den Reformprozess konstruktiv begleiten.

Blickpunkt: Stimmt denn überhaupt die Annahme, dass das Regieren künftig einfacher werden wird, weil die Zahl der Zustimmungsgesetze kräftig sinken und so der Einfluss des Bundesrates geringer wird?

Kröning: Ja, wir wollten keine umfassende Reform der Verfassung vornehmen; das Ziel waren eine Deblockade des Entscheidungsverfahrens bei der Gesetzgebung und eine Umkehrung der Neigung, politische Auseinandersetzungen zwischen Bund und Ländern an das Bundesverfassungsgericht zu verlagern. Das war der Auftrag und ich finde, den haben wir ganz gut ausgeführt. Denn mit der besseren Systematik der Zuständigkeiten und der Beendigung von Kompetenzauseinandersetzungen kommen wir zu einer größeren Effizienz der Gesetzgebung. Davon profitieren beide großen politischen Ebenen: der Bund und die Länder.

Burgbacher: Ein bisschen Wasser muss ich schon in den Wein gießen. Denn ob wir bei den Zustimmungsgesetzen wirklich von heute rund 55 Prozent auf die angestrebten unter 40 Prozent kommen, ist zurzeit eine offene Frage. Deshalb sehe ich schon von daher den Gewinn nicht so groß. Und, Herr Kröning, es bleibt das Einfallstor über die Artikel 104a und 109 des Grundgesetzes (Haushaltswirtschaft

in Bund und Ländern), durch die die Zustimmungspflicht der Länder doch immer dann wieder eingeführt wird, wenn sie finanziell betroffen sind. Deshalb: Es ist zwar nicht die Riesenreform – immerhin aber ein Fortschritt.

Blickpunkt: Die Entflechtung bei der Gesetzgebung wird ja tatsächlich von allen Seiten begrüßt. Aber die Frage bleibt: Ist der Preis, den der Bund dafür zahlt, angemessen? Werden etwa nicht ungleiche Bildungschancen endgültig zementiert, wenn sich der Bund aus der Bildungspolitik völlig zurückzieht, noch nicht einmal Finanzhilfen für Schulen und Hochschulen geben darf?

Kröning: Ich halte den Vorwurf der Kleinstaaterei, der in diesem Zusammenhang gerne erhoben wird, für falsch. Ich komme aus dem Stadtstaat Bremen. Und hier haben die guten oder schlechten Ergebnisse in der Bildungspolitik nichts mit der Kompetenzordnung zu tun, sondern mit guter oder schlechter Politik. Schauen Sie ins Ausland: Wir haben in der Bildungspolitik einen sehr guten Zentralstaat – Finnland – und einen sehr guten Föderalstaat – Kanada. Also muss die Kompetenzordnung für diese Frage indifferent sein. Außerdem: Der Bund gibt in der Bildungspolitik keine Kompetenzen ab. Die Länder haben sie schon. Was wir vielmehr machen: Wir setzen neue Spielregeln fest. Zum

Beispiel bundeseinheitliche Standards für Hochschulzulassung und Hochschulabschlüsse, von denen die Länder erst abweichen können, wenn ein entsprechendes Bundesgesetz ergangen ist. Damit ordnen wir uns in den Lissabon-Prozess ein. Ähnlich ist es bei der Forschungsförderung. Es gibt hier viele Vorurteile, deshalb müssen wir in der Bevölkerung, die mehrheitlich zentralstaatlich denkt, durch Ergebnisse überzeugen.

Burgbacher: Auch ich halte viele Bedenken für falsch. Ich bin deziderierter Befürworter von Wettbewerb im Bildungssystem. Das bedeutet, dass wir neue Möglichkeiten von den Ländern her andenken sollten. Ich will das an zwei Beispielen verdeutlichen: Ich bin Gegner der Gesamtschule. Die aber wäre heute Regelschule in Deutschland, wenn es in den 70er Jahren eine bundeszentrale Kompetenz gegeben hätte. Oder: Wir haben vor 30 Jahren in Baden-Württemberg die Berufsakademien eingeführt – das Erfolgsmodell schlechthin. Das wäre nie möglich gewesen, wenn sich der Bund hätte einmischen können. Wettbewerb kann also gut sein. Deshalb meine ich, die Länder sollten hier ihre Zuständigkeiten nicht nur behalten, sondern ausbauen. In dieser Frage gibt es aber in allen Fraktionen unterschiedliche Meinungen.



VOLKER KRÖNING (SPD), Jahrgang 1945, ist seit 1994 Mitglied des Bundestages. Der Rechtsanwalt aus Bremen ist ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss und im Rechtsausschuss und war Obmann der SPD-Fraktion in der Föderalismuskommission des Bundestages.

volker.kroening@bundestag.de
www.volker-kroening.de

Blickpunkt: Warum wollen eigentlich Länder freiwillig darauf verzichten, dass ihnen der Bund mit Milliardensummen unter die Arme greift, zum Beispiel zum Ausbau von Ganztagschulen und Kindergärten?

Burgbacher: Das verwundert gar nicht. Denn das Problem ist doch: Zwar kriegen die Länder jetzt Geld vom Bund, aber nur zum Ausbau. Nachher können sie sehen, wie sie dauerhaft die Kosten schultern. Nein, Länder sollen die Entscheidungen selbst treffen, denn sie müssen sie auf Dauer ja auch selbst finanzieren. Was ich allerdings von den Ländern erwarte, ist, dass sie neue Verfahren finden, um schneller zu vergleichbaren Standards und gegenseitiger Anerkennung von Abschlüssen zu kommen.

Kröning: Der Ausschluss von Finanzhilfen des Bundes an die Länder ist ja von den Ländern selbst gefordert worden. Warum sollen wir da als Bundespolitiker gegenhalten?

Blickpunkt: Auch bei der Umweltpolitik, bei Beamtenrecht und Strafvollzug soll der Bund künftig kaum noch etwas zu sagen haben. Führt das nicht zu einer Zersplitterung unseres Landes?

Kröning: Auch hier rate ich zu größerer Differenzierung. Kein Land wird gezwungen, von dem weiter bestehenden Bundesrecht abzuweichen oder es durch Landesrecht zu ersetzen. Aber richtig ist natürlich: Wenn wir die zweite Ebene in unserem Bundesstaat stärken wollen, dann müssen dazu

klassische Verantwortlichkeiten gehören. Wieso soll ein Dienstherr in einem Bundesland Menschen einstellen, aber die Einstellungsbedingungen nicht regeln können?

Blickpunkt: Und wie ist es beim Strafvollzug? Muss ein Straftäter künftig in einem armen Bundesland bei Wasser und Brot darben?

Burgbacher: Nein, so weit kommt es sicher nicht. Aber hier bin ich in der Tat der Auffassung, dass die Kompetenz beim Bund bleiben sollte. Wir von der FDP werden einen entsprechenden Antrag stellen.

Blickpunkt: Eine andere wichtige Reform, die der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern, steht noch auf der Warteliste. Wird die angesichts der gegenwärtigen Schwierigkeiten überhaupt noch angegangen? Und mit welchen Erfolgsaussichten? Beim Geld hört bekanntlich die Freundschaft auf ...

Burgbacher: Wir wissen, dass das sehr schwierig ist. Ich hoffe aber, dass dies im Herbst geschieht. Denn wir müssen dies tun, weil sonst auch die Föderalismusreform wenig Sinn macht. Denn wenn ich der einen Ebene Kompetenzen gebe, muss ich ihr natürlich auch eine Finanzhoheit über die Einnahmen geben.

Kröning: Klar muss sein, dass der Föderalismus so lange hinkt, als ein „Mehr“ der Ausgabenautonomie der Länder ein „Zuwenig“ an Einnahmenautonomie gegenübersteht. Natürlich weiß ich, dass auch der Bund in Haushaltsnotlage ist, aber er hat bessere Refinanzierungsmöglichkeiten als die nachgeordneten Gebietskörperschaften. Weil wir den Gesamtstaat nicht verarmen lassen dürfen, müssen wir den Kuchen, der zu verteilen ist, vergrößern.

Blickpunkt: Meine Herren, die Föderalismusreform braucht eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat. Wie ist Ihre Prognose: Wird die zu schaffen sein? Immerhin braucht die Koalition 410 ihrer 448 Stimmen, das sind nur 38 „über den Durst“ ...

Kröning: Ja. Ich bin zuversichtlich. Aber es wird noch ein erhebliches Stück Informations- und Überzeugungsarbeit zu leisten sein.

Burgbacher: Ich bin gespannt. Das wird stark von der SPD abhängen, in der es ja viel Kritik gibt. Wenn die Große Koalition diese Reform nicht schafft, hätte sie ein wirklich großes Problem. Deshalb wird der Druck groß sein.

Das Gespräch führte Sönke Petersen.
Fotos: Photothek

i Reden Sie mit beim Thema „Föderalismusreform“:

Redaktion: blickpunkt@media-consulta.com
Die TV-Aufzeichnung dieses Streitgesprächs kann im Web-TV des Bundestages angesehen werden: www.bundestag.de/bic/webTVLink.html

ERNST BURGBACHER (FDP), Jahrgang 1949, ist Bundestagsmitglied seit 1998. Der ehemalige Lehrer ist Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion und Mitglied im Ältestenrat, im Innenausschuss sowie im Tourismusausschuss. Er war Obmann seiner Fraktion in der Föderalismuskommission.

ernst.burgbacher@bundestag.de
www.ernst-burgbacher.de



Die Garantie der Menschenwürde

ESSAY

Ein Essay von Ernst-Wolfgang Böckenförde

Der Verfassungstag am 23. Mai ist Anlass genug, sich auf den Eingangartikel des Grundgesetzes zu besinnen. Wie in Stein gemeißelt – und nicht ohne Pathos – heißt es da: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Von dieser Menschenwürdegarantie ist derzeit oft die Rede. Denken wir an das Verfassungsgerichtsurteil zum Luftsicherheitsgesetz (mit seinen bemerkenswert mutigen Sätzen), an Charakter und Reichweite des Folterverbots, an die Auseinandersetzungen um Stammzellforschung und den Schutz ungeborenen menschlichen Lebens. Ist die Achtung der Menschenwürde hier im Aufwind, wird sie vielleicht überdehnt oder zuweilen auch preisgegeben?

Was bedeutet diese Garantie und warum ist sie ins Grundgesetz gekommen? Für den Parlamentarischen Rat war sie eine bewusste Antwort auf die systematische Menschenverachtung und tausendfache Verletzung der Menschenwürde durch das NS-Regime. Die Menschenwürde sollte künftig unantastbar, ihre Achtung und ihr Schutz das Fundament der neu zu errichtenden Ordnung sein. Und dies nicht nur als allgemeine Proklamation, sondern als verbindliche, normativ verpflichtende Grundentscheidung für alles staatliche Handeln und das Zusammenleben in der Gesellschaft. So bringt es Satz 2 von Art. 1 deutlich zum Ausdruck.

Was ist der Inhalt dieser Menschenwürdegarantie? Über ihren Kerngehalt waren sich die Väter und Mütter des Grundgesetzes bei unterschiedlichen Begründungswegen einig; er ergab sich für sie einerseits aus christlicher Wurzel, dem Gedanken der Gottebenbildlichkeit des Menschen (Genesis 1,26), andererseits aus der Tradition des Humanismus und der Philosophie der Aufklärung, insbesondere Kants. Dieser Kerngehalt umfasst die Anerkennung und Achtung jedes Menschen als eigenständiges Subjekt, als Träger grundlegender Rechte und der Freiheit zur eigenen Entfaltung und verantwortlichem Handeln, den Ausschluss von Entwürdigung und Instrumentalisierung nach Art einer Sache, über die beliebig verfügt werden kann.

Dies so verstandene Garantie ist ein zentraler Gründungsakt, auf dem unsere Verfassungsordnung ruht. Ihr verdanken wir die insgesamt menschenfreundliche Gestalt unserer Rechtsordnung. An ihr gilt es festzuhalten, sie darf nicht durch den Hinweis auf die Offenheit des Menschenwürdebegriffs in Frage gestellt oder relativiert werden.

Dies wird, so sieht es aus, allgemein akzeptiert. Gleichwohl zeigen sich, wenn es um die konkrete Anwendung

dieser Garantie auf neue Problemlagen, um ihr Standhalten in Konfliktsituationen geht, Gefährdungen; denen entgegengetreten werden muss, soll die Garantie ihre Integrität behalten.

Eine erste liegt in der Ausfaltung der Menschenwürde zu „kleiner Münze“. Nicht alles, was sich als unwürdig,

auch als menschenverachtend darstellen mag, darf zu einer Verletzung der Menschenwürdegarantie aufgesteigert werden. Tut man es dennoch, wird sie anfällig für Abwägungen, statt allen Abwägungen vorauszuliegen. Nur bei strikter Begrenzung auf den erwähnten Kerngehalt kann die Unantastbarkeit der Menschenwürde, die gewollt ist, aufrechterhalten werden (Die Juristen sprechen von „Abwägungsresistenz“).

Eine weiter greifende Gefährdung ist es, wenn die Menschenwürde, weil in einem Verfassungstext stehend, als „rein staatsrechtlicher Begriff“ verstanden werden soll, gelöst von den geistesgeschichtlichen Wurzeln, die im Parlamentarischen Rat lebendig waren. Menschenwürde als Begriff hat keine eigene Rechtstradition, er ist bewusst als geistesgeschichtlich geprägter Begriff in die Rechtsordnung hineingenommen

worden. Schneidet man ihn von diesen Wurzeln ab, wird er leer, offen für wechselnden, auch interessenbestimmten Zeitgeist. Die Unantastbarkeit reduziert sich dann auf einen Durchlauferhitzer ohne inhaltliche Substanz.

Schließlich wird die Garantie zentral gefährdet, wenn sie nicht auch den Lebensprozess des einzelnen Menschen mit umfasst. Gewiss bezieht sie sich zunächst auf lebende Menschen, dich und mich, aber sie bleibt als diese Garantie nur wahr, wenn sie auch den Lebensprozess jedes einzelnen Menschen, von dir und mir, von seinem Beginn an mit einbegreift und nicht eine bestimmte Phase dieses Prozesses außen vor lässt, der Verfügbarkeit geöffnet. Den Herausforderungen und Problemen, die sich daraus ergeben, müssen wir uns stellen, statt sie durch Definitionsstrategien beiseite zu schieben.



Der Philosoph Immanuel Kant.



Prof. Dr. Ernst-Wolfgang Böckenförde, Jahrgang 1930, war von 1983 bis 1996 Richter am Bundesverfassungsgericht. Er lehrte an den Universitäten Münster, Heidelberg und Bielefeld, seit 1977 an der Universität Freiburg. Von 1971 bis 1976 war er als Sachverständiger Mitglied der Enquete-Kommission „Verfassungsreform“ des Deutschen Bundestages.

Klassiker und Geheimtipps

Wohin geht man im politischen Berlin, wenn man zum Arbeitsfrühstück verabredet ist, wenn zwischen Ausschuss- und Bundestagssitzung ein wichtiges Mittagessen ansteht oder am Abend das Hintergrundgespräch mit Journalisten terminiert ist? Für die meisten Abgeordneten bedeutet diese Frage keine „Qual der Wahl“ mehr. Denn in der Hauptstadt gibt es mittlerweile ein feines Netz von Treffpunkten und Lokalitäten. Ob zum vertraulichen Tête-à-Tête oder zum offenen Meinungsaustausch – für jede Gelegenheit findet sich in und um das Parlamentsviertel der richtige Ort.



„Café Einstein“ Unter den Linden.



Käfer-Restaurant im Reichstagsgebäude.

Beliebt zum Frühstück ist etwa das „Café Einstein“ Unter den Linden. Zentral gelegen am Prachtboulevard im Herzen der Hauptstadt und ein Treffpunkt für viele, die in Berlin Politik machen oder über Politik berichten. Nicht nur, weil der Cappuccino, die Croissants oder die selbst gemachte Marillenmarmelade hervorragend schmecken. Im „Einstein“ kann man zu jeder Tageszeit pralles Hauptstadt- und Öffentlichkeitsleben suchen und finden – oder auch Vertrauliches besprechen. Oder beides zugleich. Bis in den Abend ist das „Einstein“ ein beliebter Treff. Wer allerdings eher ungestört abseits des Boulevardtrubels frühstücken möchte, den zieht es in das „Käfer-Restaurant“ im Reichstagsgebäude.

Mittags gelten das „Borchardts“ und „Lutter & Wegener“ – beide nur wenige Schritte vom Gendarmenmarkt entfernt – als beliebte Adressen. Man sitzt dicht bei dicht an den eng aneinander stehenden Tischen – Gespräche bleiben da nicht immer geheim. Macht nichts – Angela Merkel, Otto Schily, Wolfgang Schäuble, Klaus Wowereit, Springer-Chef Michael Döpfner und andere, die in der Berliner Republik Rang und Namen haben, kommen gern hierher. Ähnliches gilt für „Lutter & Wegener“, der gemütlichen Mischung aus Weinstube und Brasserie mit den berühmten Wiener Schnitzeln gleich um die Ecke.

Berliner Küche oder Pasta

Beliebt bei Politikern und Journalisten ist auch das „Theodor Tucher“ am Brandenburger Tor. Benannt nach dem gleichnamigen Literaten und Lebemann werden hier vor Bücherwänden und Zeitungsständen Gerichte nach Berliner Rezepten serviert. Bisweilen finden auch Lesungen

im Salon statt. Etwas weiter weg vom Parlamentsviertel, im Haus der Tageszeitung „taz“ und neben dem Springer-Hochhaus gelegen, befindet sich der Italiener „Sale e Tabacchi“, wo nicht nur die taz-Redaktion beim Mittagstisch sitzt, sondern wo man sich auch bei hausgemachter Pasta zum Hintergrundgespräch treffen kann.

Bleibt noch der „Honigmond“ in der Tieckstraße in Berlin-Mitte zu erwähnen, in dem häufig bündnisgrüne Politiker und Mitglieder der „Spiegel“-Redaktion gesichtet werden. Bereits zu DDR-Zeiten gab es das „Honigmond“ – damals trafen sich hier viele Oppositionelle, Kirchenleute und Künstler wie Wolf Biermann und Nina Hagen.

Für den Abend sind der Italiener „Il Punto“ gleich neben dem Brandenburger Tor (Wirt Guiseppa Perna kennt viele Abgeordnete noch aus Bonner Zeiten) und das „Bocca di Bacco“ in der Friedrichstraße gefragte Treffpunkte. Als dritter Italiener reiht sich das Café „Schwarzenrab“ in Mitte ein, das sich abends in ein Restaurant verwandelt, das vor allem bei Film- und Kunstinteressierten angesagt ist.

Das Italienische scheint nicht nur den Genießern der mittlerweile legendären „Toskana-Fraktion“ der Linken – an der Spitze Exkanzler Gerhard Schröder und Exaußenminister Joschka Fischer – zu liegen. Auch Liberale und Unionsleute schätzen die gepflegten Restaurants mit ihrem diskreten Charme.

Die große Koalition lässt grüßen

Dann ist da natürlich die „Parlamentarische Gesellschaft“ im ehemaligen Reichstagspräsidenten-Palais. In den Räumen der „PG“, wie die Abgeordneten ihren Club abkürzen, kann man in gediegener Atmosphäre speisen und entspannen. Hier haben nur Mitglieder und Gäste Zutritt, Diskretion wird groß geschrieben. Dies gilt auch und vor allem für die Bar im Keller, in der „Ossi“ die Gäste bedient. Ossi ist kein Ostdeutscher, sondern der Südtiroler Osvaldo Cempellin, der hier schon mehr als 33 Jahre hinter dem Tresen steht und der wahrscheinlich mehr über die Berliner Politik weiß als der findigste Journalist. Nur veraten tut er nichts. Wie ein Arzt hält er sich eisern an die „Schweigepflicht“. Er trägt inzwischen sogar die Medaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Wer sich unters Volk mischen möchte, geht in die inmitten des Parlamentsviertels liegende Reinhardtstraße. Im „Cinque“ ist fast immer etwas los, die FDP hat den Italiener schräg gegenüber ihrer Parteizentrale zum Stammlokal erkoren. Und im „Piccolo“, einst die Politikneipe der „Linken“ mit Fotos von Willy Brandt und Michail Gorbatschow an den Wänden, fühlt sich inzwischen sogar Angela Merkel wohl. Die Große Koalition lässt grüßen.

Apropos große Koalition: In allen Fraktionen steht, meist zu später Stunde, manchmal ein besonderes Gericht hoch im Kurs: die Currywurst. Es gibt zwei Currywurst-Lager: Das eine favorisiert Konopke in der Schönhauser Allee, das andere schwört auf die Wurst vom Kuhdamm 195. Zumindest wenn es um „die Wurst“ geht, sind also überfraktionelle Allianzen durchaus an der Tagesordnung.

Text: Sönke Petersen



Die Parlamentarische Gesellschaft.



Das „Cinque“ gegenüber der FDP-Parteizentrale.



Bilder von Brandt und Gorbatschow: das „Piccolo“.

Käfer-Restaurant im Reichstagsgebäude

Das Dachgartenrestaurant östlich der Kuppel mit Blick auf das historische Berlin hat täglich von 9 bis 16.30 Uhr und von 18.30 bis 24 Uhr geöffnet. Der Zugang für Gäste, die bereits reserviert haben, erfolgt über den Eingang rechts unterhalb des Westportals (West C).

Platzreservierungen sind möglich unter
Tel. (0 30) 22 62 99 33 oder
kaeferreservierung.berlin@feinkost-kaefer.de

Drei Fragen an Abgeordnete

Frau Falk, was ist Ihr Lieblingsort in Berlin?

Die Orte wechseln. Derzeit liebe ich besonders meinen Platz am Schreibtisch, einerseits (natürlich!) zum Arbeiten – aber noch viel mehr, wenn ich die Schiffe auf der Spree zu meinen Füßen beobachten kann, wenn in der Ferne die Züge zwischen unsichtbaren Welten verkehren und über allem der weite Himmel – mal mit dräuenden Wolken, mal licht und blau – zum Träumen einlädt.

Worüber haben Sie zuletzt gelacht?

Wir lachen so viel in unserem Büro, dass „zuletzt“ im Handumdrehen vom nächsten „Zuletzt“ verdrängt ist: über witzige Begegnungen, Geschichten aus dem täglichen Leben, politische Karikaturen, besonders gelungene Gesetzesformulierungen und, und, und ...

Was soll als Nächstes von Ihrem Schreibtisch?

Am besten alles – alles, was sich im Laufe einer Sitzungswoche so an Wichtigem und Interessantem ansammelt und von dem man unbelehrbar immer wieder von neuem hofft, es irgendwann in Ruhe lesen zu können.

Ilse Falk, Jahrgang 1943, ist seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages. Sie ist seit November 2005 stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion und in dieser Funktion zuständig für die Bereiche Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Arbeit und Soziales, Kirchen sowie Arbeitnehmer.



Ilse Falk, CDU/CSU.

Welches Buch lesen Sie gerade?

Rennie Airths Krimi „Orte der Finsternis“ und Gudrun Krämers „Geschichte des Islam“.

Auf den ersten Blick mag die Spannweite zwischen den beiden Büchern, die ich derzeit lese, groß sein. Doch zuerst geht es ja um etwas anderes: Lesen soll unterhalten und aufklären. Beiden Autoren ist dies gelungen. In den herkömmlichen Empfehlungen werden die Titel vermutlich nicht auftauchen und wenn, dann in verschiedenen Abteilungen. Das eine ist ein Kriminalroman, das andere ein Sachbuch.

Auf Rennie Airths „Orte der Finsternis“ wurde ich in einer Krimibuchhandlung in Köln aufmerksam. Manchmal, wenn ich mit dem Fahrrad in unserem Kölner Wahlkreis unterwegs bin, mache ich dort eine Pause. Der Keller ist eine Fundgrube alter, längst vergessener Autorinnen



Rolf Mützenich, SPD.

und Autoren. Und der Buchhändler hat immer einen Tipp auf den Lippen. „Orte der Finsternis“ ist der zweite Band des englischsprachigen Schriftstellers. Ebenso wie in seinem ersten Roman „Nacht ohne Gesicht“ ist der Schauplatz der blutigen Dramen England nach dem Ersten Weltkrieg. Wie tief dieser „Große Krieg“, wie er heute noch immer in Großbritannien

heißt, die Gesellschaft veränderte, durchzieht Airths Schilderungen. Gewalttätigkeit, Unnahbarkeit, Verlust, Hoffnung, Hartnäckigkeit sind die Eigenarten der so gegensätzlichen Akteure. Und Spannung gibt es nebenbei.

Natürlich ganz anders, aber ebenso aufschlussreich ist Gudrun Krämers „Geschichte des Islam“. Auf rund

300 Seiten schildert die Islamwissenschaftlerin die wechselvollen, gegensätzlichen inneren Entwicklungen und Widersprüche einer Überzeugung. Was heute durchweg als „der Islam“ daherkommt, ist doch so vielfältig und unterschiedlich wie andere Regionen, Ideen und Menschen auch. Gudrun Krämer gelingt aber auch der Sprung in die Neuzeit und liefert Erklärungen für den Umbruch islamisch geprägter Gesellschaften. Für mich bietet das Buch einen wichtigen Einblick in eine Region, mit der ich mich als Außenpolitiker befasse: dem Nahen und Mittleren Osten. Und da Gudrun Krämer an der Freien Universität Berlin lehrt, haben wir sie gebeten, uns in einigen Wochen mehr über ihr Wissen und ihre Erfahrungen mit „dem Islam“ zu erzählen. Was Bücher doch so alles bewirken!

Rennie Airth, Orte der Finsternis, Goldmann, München 2006; Gudrun Krämer, Geschichte des Islam, C.H. Beck, München 2005

Rolf Mützenich, Jahrgang 1959, ist abrüstungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses.

I M P R E S S U M

Herausgeber: Deutscher Bundestag

Chefredaktion: Stefan Thomas (Leiter Referat Öffentlichkeitsarbeit)

Redaktion: Horst Willi Schors, Klemens Vogel bei MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH Wassergasse 3, 10179 Berlin
Telefon: (030) 650 00-220,
Fax: (030) 650 00-190
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

Koordination: Michael Reinold (Referat Öffentlichkeitsarbeit)
Telefon: (030) 227-378 68,
Fax: (030) 227-365 06
E-Mail: michael.reinold@bundestag.de

Beauftragte Agentur: MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH

Geschäftsführung: Dipl.-Kfm. Harald Zulauf

Art Direction: Hans-Dieter Großjohann, Daniel Kirschner

Online-Produktion: Christian Teubner

Produktion: Thomas Ahlrichs

Lektorat: Katleen Krause

Abonnement und Vertrieb:

Petra Grampe
Fax: (030) 650 00-190
E-Mail: p.grampe@media-consulta.com

Druck: Jungfer Druckerei und Verlag GmbH, Herzberg am Harz

Redaktionsschluss: 27. April 2006

Die Texte aus Blickpunkt Bundestag gibt es auch im Internet: www.blickpunkt-bundestag.de

Ein Nachdruck der Texte mit Quellenangabe kann kostenlos vorgenommen werden, jedoch wird um Zusendung eines Belegexemplars gebeten. Die Beiträge in den Rubriken Essay und Forum geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Fotos und Grafiken:

Archiv für Kunst und Geschichte: S. 36 (rechts); Bundesrat: S. 3 (unten); Deutscher Bundestag: S. 7 (rechts), 8, 9 (oben, rechts unten), 11, 20 (links), 25, 26, 31 (unten), 32, 33, 34, 35, 45 (unten), 46 (unten), 47 (unten), 48, 49 (unten); Karl-Heinz Döring (Grafik): S. 21; EU-Kommission: S. 19; FC Deutschland GmbH: S. 2 (oben); Anke Jacob: S. 30 (oben rechts), 54, 55 (Mitte, unten); Marc Mendelson (Grafiken): S. 28-29, 31, 46, 49; Photothek: S. 4, 10, 12, 50-52; Picture-Alliance: S. 2 (unten), 3 (oben), 5, 6 (links), 7 (links), 9 (links unten), 13, 20 (rechts), 22, 23, 24, 27, 30 (oben links, unten), 30 (rechts), 31 (Mitte, rechts), 44, 45 (oben), 53, 55 (oben), 56; studio kohlmeier: Titel, S. 1 (oben), 14-18, 39-43; ullstein bild: S. 30 (links, Mitte), 31 (rechts); Visum: S. 6 (rechts).

Anschrift für die Post unserer Leser:

BLICKPUNKT BUNDESTAG
c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Wassergasse 3, 10179 Berlin
Fax: (030) 650 00-190
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

© Deutscher Bundestag, Berlin 2006
Alle Rechte vorbehalten

Diese Publikation wird vom Deutschen Bundestag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Bestellcoupon

Ich möchte über den Deutschen Bundestag aus erster Hand informiert werden.

Abo: Ich bestelle den BLICKPUNKT BUNDESTAG zum Preis von 16 Euro für acht Ausgaben pro Jahr. Mein Abonnement gilt für ein Jahr und verlängert sich um ein weiteres, wenn ich nicht spätestens sechs Wochen vor Ablauf schriftlich kündige.

Bitte ausschneiden und senden an:

MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Blickpunkt-Abo
Wassergasse 3
10179 Berlin

Ort, Datum

Unterschrift

Lieferanschrift:

Herr/Frau/Institution

Ansprechpartner

Straße, Hausnummer/Postfach

Ich zahle per Rechnung Lastschrift

Bankverbindung

Kontonummer

Bankleitzahl

Geldinstitut/Ort

Hiermit ermächtige ich Sie zum Bankeinzug des Abonnementpreises.

Datum/Unterschrift





Jeder Mensch ist einzigartig. Vielfalt bereichert unsere Arbeitswelt und schafft Innovation. Die Verschiedenheit der Menschen zu schätzen und zu respektieren ist in unser aller Interesse. Deshalb wurde die Antidiskriminierungsgesetzgebung europaweit verbessert, um sicherzustellen, dass alle Menschen gleich behandelt werden, unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, ihres Alters oder der sexuellen Identität. Sie möchten mehr erfahren? Besuchen Sie unsere Website: www.stop-discrimination.info



Eine Initiative der Europäischen Union

Für Vielfalt



Gegen Diskriminierung

www.stop-discrimination.info